

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werththätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pfg., bei Selbstabholung 50 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4841) vierteljährlich 1,80 Mk., für 2 Monate 1,20 Mk., für 1 Monat 60 Pfg. excl. Postgelb.

Chefredaktion:
Dr. Bruno Schoenlant.

Inserate werden die 5 gepaltene Zeilzeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pfg. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telephon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Der chinesische Klaps.

Leipzig, 14. Januar.

Russen stehen heuer hoch im Kurse, von der Kreuzzeitung bis zur Linken sind sich die kundigen Thebaner darin einig, daß Kiautschau in erfreulichem Einverständnis mit der zarischen Regierung besetzt worden ist, welche Befestigung nach der genialen Entdeckung des Vortwärts freilich nur „ein Unternehmen der deutschen Kapitalistenklasse und ihrer Regierung ist“.

Auf weite bürgerliche Kreise und nicht bloß auf diese hat die Kreuzfahrt nach Kiautschau mit dem Zwange eines Zaubers gewirkt. Hier schaltet eine Art der Massenhypnose wie in den fernsten Zeiten der Kinderkreuzzüge und der Weisler. Selbst Leute, bei denen ein gewisser Grad von Urteilsfähigkeit und nüchternen Ueberlegung vorausgesetzt werden könnte, sind über die Flottenstation im Reich der Mitte aus dem Häuschen geraten: sie schwenken um, als ob nicht der Flottenpatriotismus, dessen Geschäfte sie gerne oder wider Willen besorgen, jetzt schon oben auf wäre, und jede Rücksicht auf die Folgen einer solchen überseeischen Politik fällt unter dem Banne des magischen Wortes: Kiautschau platt zu Boden.

Wie möchten diesen überseeischen Taumel, diese egoistische Epidemie, die die Sinne behört und das Denken verwirrt, kennzeichnen mit dem Kunstausdruck: Der chinesische Klaps.

Die Kreuzzeitung — sie lehrt zu einer alten Liebe zurück, erschien sie doch bei Nikolaus I. Tode mit großem Trauerlande — das Organ der jetzt wieder sehr zarenfreundlichen vorderrussischen Granden, schreibt über die Abmachungen mit Rußland: „Es kommt auf den Willen Nikolaus II. an, und mit dem ist gerechnet worden, soweit es bei unserer Aktion in China nützlich war, um unnötige Verwickelungen zu vermeiden.“ In der That ist bei der neuesten Unternehmung der deutschen „Weltpolitik“ der Zar der „stille Compagnon“. So peinlich es sein wird, den Aufschwung des chinesischen Hochgefühls durch solche Daten gefördert zu sehen, sei es trotzdem nicht unterlassen, einige Beispiele für das Wesen und die Absichten und Wirkungen zarischen Wohlwollens anzuführen. Dies „Wohlwollen“, das uns Väterchen auch als Schutzherr des Liberalismus und als Patron nationaler Bestrebungen zeigt, ist eine überlieferte Tugend der russischen Regierungskunst.

In einer Denkschrift, die das russische Ministerium 1837 für den Zaren entworfen, liest man: „Rußland liebt es nicht, sofort Staaten mit fremdartigen Elementen einzu-

verleiben . . . Jedenfalls scheint es passender, die Länder, deren Erwerb beschlossen ist, einige Zeit unter besonderen, aber ganz abhängigen Oberhäupten existieren zu lassen, wie wir es gethan haben in der Moldau und Walachei u. s. w.“

Und wie es heute Rußland thut in Persien, Afghanistan, Korea, China, in der Türkei und ?

Bevor Rußland die Krone einverleibte, proklamierte es ihre Unabhängigkeit.

In einer russischen Proklamation vom 11. Dezember 1814 heißt es u. a.: „Der Kaiser Alexander, euer Schutzherr, appelliert an euch Polen. Bewaffnet euch selbst für die Verteidigung eures Vaterlandes und die Erhaltung eurer politischen Unabhängigkeit.“

Alexander I. gab Frankreich in seiner Großmuth, sagt Marx, nebst einer Konstitution auch noch einen russischen Premierminister, den Herzog von Richelieu. Alexander I. war der Chef der „Hetäre“, des griechischen Nationalvereins zur Losreißung von der Türkei, während er gleichzeitig auf dem Kongresse von Verona durch den erkauften Chateaubriand Ludwig XVIII. zum Feldzuge gegen die spanischen Rebellen hegte.

Trieb er nicht Ferdinand VII. von Spanien durch dessen Weichwater zur Expedition gegen die empörten spanischen Kolonien in Südamerika, während er gleichzeitig dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika seine Unterstützung gegen jeden Eingriff europäischer Mächte auf dem amerikanischen Festlande zusagte?

Hatte er nicht Dypsilanti als „Führer der heiligen Hellenenschar“ nach der Walachei entsandt und durch denselben Dypsilanti die Schär verraten und Wladimiresco, das Haupt der walachischen Unabhängigen, meuchelmorden lassen? Er unternahm 1828—1829 den Krieg gegen Sultan Mahmud II. zur Befreiung der Griechen, nachdem Mahmud sich geweigert hatte, eine russische Armee zur Unterdrückung des Griechenaufstandes einzulassen zu lassen.

Ob nicht Nikolai I. den Griechen in väterlicher Fürsorge einen russischen General, den Grafen Capo d'Istria, zum Präsidenten? „Nur waren“, sagt Marx, „die Griechen keine Franzosen und mordeten den edeln Capo d'Istria.“

Nikolai I., seit dem Ausbruche der Julirevolution der Schirmherr des Gottesgnadentums, wirkt doch für die „Befreiung der Nationalitäten“. Die konstitutionelle Revolution Griechenlands im September 1843 leitete der russische Gesandte in Athen, Katafasi. Das Centrum der bulgarischen Rebellion von 1842 war das russische Konsulat zu Bukarest. Dort empfing der russische General Duhamel im Frühling 1842 eine bulgarische Abordnung, der er den

Plan zu einer allgemeinen Insurrektion vorlegte. Serbien sollte als Reserve des Aufstandes dienen und das Hospodarlat der Walachei auf den russischen General Nisseff übertragen werden. Während des serbischen Aufstandes (1848) trieb Rußland durch die Gesandtschaft in Konstantinopel die Türkei zu Gewaltmaßregeln gegen die Serben, um dann, „auf diesen Vorwand hin, an die Sympathie und den Fanatismus Europas zu appellieren“.

Mögen diese wenigen Beispiele genügen, um die Ehrlichkeit, die guten Tugenden, die Bündnisfähigkeit des Zarentums zu erläutern! Heute baut das deutsche Philistertum auf die Hilfe, auf das Einverständnis Rußlands in China, trotzdem es zu Frankreich im Verhältnis der „nation alliée“, der verbündeten Nation, steht, und so verschlagen, so hinterhältig, so bewundernswert selbstständig auch stets und allerorten die zarische Vergroßerungspolitik gewesen ist.

Wie die Dinge liegen, wird die harte Sprache der geschichtlichen Erinnerungen den Phantasten und Gläubigen des Evangeliumskurses unverständlich sein.

Taubheit und Trübung des Blickes erscheinen als Merkmale der neuen epidemischen Krankheit, die in Deutschland grassirt.

Wer nicht hören und sehen will, muß und wird fühlen. Wenn aber erst kostspielige Enttäuschungen, schwere Verluste, blutige Wirren, ein ungeheurer Fehlbetrag an wirtschaftlicher Sicherheit und staatlicher Energie, eine Unsumme neuer Lasten, die vom Sturme und Drange der Weltpolitik Fortgerissenen, zur Besinnung bringen werden, so soll wenigstens unsere Partei, die Sozialdemokratie, sich auch nicht von dem leisesten Hauche der Chinafische anwehen lassen.

Also fester Widerstand, unerschrockener Angriff! Nicht die Vogel-Strauß-Politik, die den Kopf im Sande birgt, die die Ereignisse kaum verzeichnet, kaum glossiert, nicht eine Antikolonial-Opposition, die diplomatisierend säufelt: „Wir hatten an der Politik Deutschlands in diesen Angelegenheiten viel zu tadeln und werden sicherlich auf absehbare Zeit derselben durchaus oppositionell gegenüberstehen müssen“, und dabei sicherlich auf absehbare Zeit den Männern der Trepizaden und des Evangeliumskurses die Segel schwellt. Ohne Umschweife, der Kampf geht wider das persönliche Regiment.

Die Arbeiterklasse, die ungebrochen, geschlossen, nicht durch Wenn- und Aber-Vorbehalte decouragiert, die Wahlcampagne führen soll, nimmt als Wegzeiher das Wort mit in den Streit: Behn Schritte vom Leibe bleibe

Der chinesische Klaps.

Seuilleton.

Wiederholt verboten.

Der Rangierbahnhof.

Roman von Helene Wollan.

Oly konnte kaum atmen. Wie unnobel — wie schenksich, sich von Wimm stützen zu lassen, Wimm zu quälen, ihn schlecht zu versorgen, seine Liebhabereien nicht zu beachten, seinen Lieblings Speisen nicht nachzufragen, alles von ihm anzunehmen, ihn gleichgültig beiseite lassen, immer nur an sich denken — einem anderen mit jedem Gedanken nachhängen! — War das nicht gemeine Betrügerei?

Das war ein elendes Geschäft, was Wimm gemacht hatte. Sie hatte es bisher nie so gefühlt! aber mit einemmal über sah sie, daß er gar kein Behagen an ihrer Seite gefunden. Wie rührend war es, daß er sich heute abend über Emils gutgelungenes Nachessen so geireut hatte — und wie lebenswürdig war er in dem ganzen Durcheinander, das sie ihm gebracht! Was für Sorgen hatte er sich aufgeladen — und für wen?

Oly brannte in Fieber und Erregung. Sie sollte fort von Wimm gehen — irgendwohin und arbeiten, nichts als arbeiten, das wäre das einzige — das rechte. Entweder: an sich selbst denken und für sich selbst leben — oder: an andere denken und für andere leben. So eine gemeine Seele, die betrügt!

Sie hatte nie darüber nachgedacht, heute zum allererstenmal. Ja, sie hatte mit Wimm einen ganz betrügerischen Handel geschlossen. Alles genommen und nichts gegeben — gar nichts gegeben, sondern nur immer von neuem ge-

nommen und genommen, mit einer Rohheit und Gedankenlosigkeit — die hätte sie nie in sich gesucht. Mit welcher Angst, mit welcher Verzweiflung hatte sie gefürchtet, Mutter zu werden. Sie hatte und nur einzig an sich gedacht, nicht an Wimm und nicht an das Kindchen. Sie hatte sich immer noch für ihren eigenen Herrn gehalten, und das war sie nicht mehr.

Ihre Arbeit, der Weg zum Ruhm war ihr die Hauptsache. Wimm war das sehr gleichgültig, der wollte eine gute Frau und die hatte er nicht.

Und nun? Jetzt gerade hörte diese Blindheit auf, jetzt, wo sie jede Kraft, jeden Hauch von Kraft an ihre Kunst wenden wollte, jetzt, wo sie jede Minute ausnützen wollte, drängten sich tausend Dinge ein.

So stand sie mit gefalteten Händen und mit gesenktem Kopf ganz fassunglos, ganz erdrückt. Der Nebel, der über sie gefallen war, der dichte, trostlose Nebel, belebte sich nun mit Gestalten, die sie bis aufs Blut ängstigten. Ihre Arbeit, der lange Weg zum Ruhm, die unerfüllten Pflichten, der falsche Handel, den sie unbewußt eingegangen — und Abypert — und Wimm — und das Kranksein — und das frühe Sterben, der gestaltlos, aber grauenhaft unsichtbar in dem schweren Nebel lauert.

„Das ist zuviel, Herr, mein Gott!“ jammerte sie auf. Und durch allen Jammer hindurch und über allen peinigenden Gedanken und Erkenntnissen die Sehnsucht nach Rypert. Sie sah ihn immer vor sich und immer streckte sie beide Hände nach ihm aus. Er war der einzige, der sie retten konnte, der einzige, der ihr Ruhe gab. Er war das Leben — und sie wollte leben!

Trotzig sprang sie auf und ging durchs Zimmer, und die bittere, verzehrende Lebenssehnsucht derer, die um das Leben betrogen sind, wühlte ihr im Herzen. — Wenn sie

dachte, daß sie ihn nicht mehr sehen und hören sollte — nie mehr! Und auch die Arbeit aufgeben, und das heiße, lebendige Streben — und nur den Kaufpreis abverdienen, den Wimm für sie gegeben, da fuhr eine solche verzweiflungsvolle Empörung durch ihr ganzes Wesen, daß sie an ihrem Haaren riß, das Taschentuch, das naß von Thränen war, in Streifen riß, sich auf den Boden niederwarf und heißer schluchzte und schrie.

Worte fand sie nicht mehr, Gedanken auch nicht — nur eine fieberhafte Empörung, eine sinnlose Wut, wie ein wildes Tier, das gegen seine Käfigstäbe schlägt.

Und dann kam wieder der bittere Kampf, das Mitleiden, das sie Wimm wegen fühlte, das Bewußtsein des Betrugs, ja Betrugs, wie sollte man es anders nennen, und das drückte sich ihr wie ein Brandmal in die Seele.

Wimm kam spät nach Hause und fand seine Frau in einem Zustand der tiefsten Erschöpfung. Sie kauerte noch auf dem Boden, als er eintrat.

„Oly!“ rief er ganz bestürzt und kniete zu ihr nieder und richtete sie auf — und da fühlte sie wieder „die sorgsame Psote“, die ihr Herz gewonnen hatte. Und da sie in der Erregtheit wie ein Mensch ohne Haut war, dem alles die innersten Nerven trifft, wurde sie davon so bewegt, daß sie vor neuem in heiße Thränen ausbrach und sich bitterlich vor Wimm anlagte, ganz vernichtet, und sich vor ihm demütigte.

Wimm war ganz glücklich und freudig erregt, wie es eine kindliche Seele ist, die an eines Menschen plötzliche Umkehr glaubt. Er tröstete sie und suchte sie zu beruhigen. „Siehst Du, Olychen, nun wird alles gut,“ sagte er einmal überes anderemal.

Das ärgerte sie aber und sie sagte bitter: „Du meinst also, daß ich das Malen lasse?“

Politische Uebersicht.

Siehe unsere heutige Privatbesprechung aus München: Der Vorwärts und die Befehung von Klautschan.

Schutz des Verschwendern.

Es ist von allem, was Arbeiterschutz und dergleichen betrifft, in letzter Zeit recht still geworden. Ueber neuen Evangelien vergißt man gern alle Bestrebungen.

Um so merkwürdiger nimmt es sich aus, wenn jetzt der dem Reichstag zugegangene Entwurf zur Civilprozeßordnung sich einer Reihe edler Personen liebevoll annimmt, die schon genügend geschützt scheinen.

Es handelt sich um einen erhöhten Schutz der Verschwender, den § 754f des Entwurfs vorschlägt und von dem die Königlich-Preussische Regierung mit Recht urteilt, daß er ein Privilegium der Launenluste enthalte.

Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche kann der Verschwender, d. h. wer durch Verschwendung sich oder seine Familie der Gefahr des Ruinstandes aussetzt, entmündigt werden; er verliert dann Besitz und Verwaltung seines Vermögens und behält nur die Geschäftsfähigkeit, die ein Minderjähriger besitzt, der das siebente Lebensjahr vollendet hat.

Außerdem können Erblaffer ihr Vermögen auch dann, wenn kein Entmündigungsverfahren eingeleitet wird, vor Zerstückelung schützen, indem sie einen Nacherben einsetzen. Es hat dann der erste Erbe nur Anspruch auf den jährlichen Reinertrag des Vermögens. Das Vermögen selbst bleibt gesichert.

Der Entwurf zur Civilprozeßordnung geht nun noch einen Schritt weiter.

Er sichert auch noch den jährlichen Reinertrag, den der Verschwender aus dem gesicherten Vermögen bezieht, vor der Pfändung.

§ 754f schlägt nämlich vor, daß die Nutzungen der Erbschaft der Pfändung nicht unterworfen sind, soweit sie zur Erfüllung der dem Schuldner, seinem Ehegatten, seinem früheren Ehegatten oder seinen Verwandten gegenüber gesetzlich obliegenden Unterhaltspflichten und zur Verteilung seines standesmäßigen Unterhaltes erforderlich sind.

Es muß nun einen sonderbaren Eindruck machen, wenn man erfährt, daß ein Vater sein krüppelhaftes Kind nicht in gleicher Weise schützen kann. Während er nämlich dem Verschwender den standesmäßigen Unterhalt lebenslanglich sichern kann, vermag er einem krüppelhaften Kinde nur den notwendigen Unterhalt durch eine unpfändbare Rente festzusetzen.

Aber auch ganz abgesehen von der offensiblen Ungerechtigkeit, daß für den Verschwender besser geforgt wird, als für den Krüppel, berührt es schon sehr unheimlich mit anzusehen, mit welchem Eifer unsere Gesetzgeber nach allen Richtungen hin sich bemühen, arbeitslos erworbenen Besitz nur ja zu schützen. Wenn doch ebensoviel Eifer und Scharfsinn angewandt würden, um dem Arbeiter seinen standesgemäßen oder auch nur notwendigen Unterhalt lebenslanglich zu sichern!

Ja, Bauer, das ist etwas ganz anderes und fällt sich nicht ebenso leicht in den Gedankenkreis der kapitalistischen Gesellschaft ein.

Deutsches Reich.

Parlamentsbriefe.

Aus dem Reichstage.

B. Berlin, 13. Januar. Die lex Heinze hat heute ihre fröhliche Auserziehung gehabt. Wer sich an die Debatten und Kommissionsbeschlüsse des Reichstages vor mehreren Jahren noch erinnert, als der erste Versuch mißglückte, die öffentliche Sittlichkeit mit Hilfe der Polizei und des Straftribunals zu reformieren, die nach frommem Kinderergötzen bekanntlich alles können, der wird in den heutigen Beratungen nicht gerade viel Neues finden.

Im allgemeinen haben solche Verhandlungen kein angenehmes Gesicht. Man wird das Gefühl nicht los, daß bei solchen Gelegenheiten ein Uebermaß öffentlicher Heuchelei verzapft wird. Nur schwer vermag sich die rein menschliche Stimme in dem widerwärtigen Lohndrahn der offiziellen Sittlichkeitsapostel Gehör zu verschaffen.

Der Initiativantrag des Centrums hat die alte lex Heinze unverändert wieder aufgenommen. Ueber diese und jene Einzelheit in den Vorschlägen auf Veränderung und Erweiterung der Strafparagrafen mag sich reden lassen, die geplanten Reformen mögen vielleicht ganz nützlich auf engem Gebiet wirken, der Gesamteindruck des Centrumsantrages wird trotz alledem nicht

„Na — na, bewahre, einschränken, ein bißel einschränken. Das wird Dir nur gut sein.“

Seine Ruhe und Zufriedenheit quälte sie. Nach der hastigen, stundenlangen Erregung schüttelte sie jetzt das Fieber. Mimm half ihr beim Entkleiden und behandelte sie so sorgsam wie ein kleines Kind; aber das Herz war ihm schwer. Was der Doktor ihm von Ollys Gesundheitszustand gesagt hatte, lag düster auf ihm.

Es war so etwas Feierliches, Trauriges, Unbegreifliches. Eine ganz gesunde, frische Frau würde er nie wieder an ihr haben, so eine Häuslichkeit, von der er geträumt hatte, war für immer verloren. Wenn sich die arme Ollly auch Mühe geben würde, wie könnte es denn werden? Eine Frau muß gesund sein, das ist das erste. Und das wüthende Arbeiten, wobei sie nicht hörte und sah!

Wie rührend, wie gut sie eben war, sie wollte das beste, wie ihn das beglückte hatte! Jetzt lag sie in ihren Kissen, lieblich, aber wie eine Pflanze, die mitten im Aufblühen vom Frost berührt ist.

Die Kraft, die Strammheit war hin, etwas Leidendes, Mattes war über sie gekommen, unmerklich fast; aber es war da. Die glänzenden, verweinten Augen schauten so unstill, so ohne Ermüdung. Gastelmeier atmete schwer auf. Er dachte an den Abschied von daheim, Weihnachten vor einem Jahr, an das, was sein Alter daheim von Liebesfachen verstand, und es wurde ihm schwer und schwerer ums Herz.

Ollly klagte wegen allerlei Beschwerden. Sie fühlte sich sehr unwohl, war so beunruhigt und gequält; und immer hatte sie es mit dem Rarphen zu thun, der sich mit seiner Dual in den Schlamm verfrachten hat.

„Laß das doch,“ sagte Gastelmeier, dem es dabei nicht wohl zu Mute wurde. Da schwieg sie.

„Geh schlafen, Mimm,“ sagte sie nach einer Weile.

(Fortsetzung folgt.)

verändert: es soll hier versucht werden, unter der Maske der Sittlichkeitsreform ein dreifaches Attentat am freien künstlerischen Schaffen zu verüben.

Herr Spahn, der den Centrumsantrag zu begründen hatte, widmete deshalb auch einen breiten Teil seiner Ausführungen dem Nachweise, daß der moderne Realismus besonders verhängnisvoll für die Sittlichkeit des deutschen Volkes sei. Mit weinerlicher Stimme beklagte er die öffentliche Schaustellung von Nudalitäten, denen Polzeifinger die notwendigen Feigenblätter vorbinden sollten. Der Haß gegen die göttliche Nacktheit ist immer das Kennzeichen verpfuschter Pruderie gewesen.

In dieselbe Kerbe schlug der konservative Pastoralchwäher Schall. Auch er will die schon von Tacitus an den alten Germanen gerühmte Tugend mit Hilfe der Befehung wieder im deutschen Volke heimisch machen. Daneben lief selbstverständlich eine Verleumdung der Sozialdemokratie. Sie soll durch ihre Bekämpfung des Christentums die wachsende Unmoralität mit verschulden. Herr Schall hat für ähnliche Behauptungen schon so oft und so nachdrücklich derbe Zurechtweisungen erhalten, daß er eigentlich etwas vorsichtiger geworden sein könnte. Aber er ist unerschütterlich. Es rührte ihn auch nicht, daß er mit seiner Kapuzinerpredigt einen großen Teil seiner Gefinnungsgenossen einschläfert. Als er endlich fertig war, verapüete sich deshalb das übliche Bravo der Rechten so außerordentlich, daß es erst einsetzte, als der Präsident gellingsel und dem nächsten Redner das Wort erteilt hatte. Natürlich lachte die Linke herzlich.

Bebel ließ Herrn Schall seinen Angriff auf die Sozialdemokratie nicht ungeschickt. Er legte die sozialen Ursachen der Prostitution dar, schilderte das sexuelle Leben der leitenden Massen und wies die ultramontanen Versuche, Kunst und Litteratur noch mehr als bisher unter Polizeicensur zu stellen, treffend zurück. Die Ereignisse der jüngsten Zeit gaben ihm Veranlassung, den „Schutz vor dem Schutzmänn“ zu behandeln, und seine Schilderung der polizeilichen Vorbildung in verschiedenen Stadien lieferte weiteres Material zu der Frage, inwiefern die Polizei berufen ist, Hüterin der Sitte und Ordnung zu sein. Im Mittelpunkt der wirkungsvollen Rede aber stand die Forderung, die soziale Lage der Arbeiterin und der weiblichen Angestellten überhaupt durch die wirtschaftliche Befehung zu heben; diese Maßregel allein vermag die Prostitution zu bekämpfen.

Dem polnischen Fürsten Radziwill passierte das Mißgeschick, eine Anekdote aus Rom zu erzählen, die eine bedenkliche Pointe gegen den Merus enthält. Der gute Mann hatte der Geschichte eine ganz andere Deutung gegeben, und die stürmische Heiterkeit des Hauses ließ ihn erst erkennen, daß er sich über den Sinn einer Anekdote französischer Troupiers in einem ungläublichen Jertum befunden hatte.

Die weitere Debatte wurde veringelt. Es soll beim Centrum die Absicht bestehen, den Gesetzesentwurf nicht an eine Kommission zu verweisen, sondern im Plenum zur zweiten Lesung gelangen zu lassen.

Der Redner der Nationalliberalen, Herr Bieschel, hatte Kommissionsberatung beantragt. Da er sich gegen die Einschränkung der Kunst und Litteratur durch Verstärkung der Polizeicensur erklärt hat, so ist zu hoffen, daß diese verhängnisvolle Bestimmung der lex Heinze fällt, gleichviel, ob eine Kommissionsberatung vorhergeht oder nicht.

Vom Flottenrummel.

Die Demonstration der Kommerzienträte.

B. Berlin, 13. Januar. Heute mittag fand im Kaiserhof die von der Leipz. Volkszeitung vorher aufgedeckte, seit Wochen mit großem Aufwande angekündigte Kundgebung der Großindustrie, des Großhandels und der Großhedelei für die Flottenvorlage statt. In der Resolution, die zur Annahme gelangte, war auch vom Kleingewerbe die Rede; von den Anwesenden machte aber keiner den Eindruck eines kleinen Gewerbetreibenden.

Da waren sie alle vertreten, für die sich der Ban von Kriegsschiffen, je mehr desto besser, unmittelbar oder mittelbar in verunärrtem Gewinn umsetzt, und der Hamburger Großhedelei Wörmann war dazu auserschen, in diesem Parlament von Kommerzienträte die Rede des Tages zu halten.

Die Veranstaltung kam etwas post festum, da doch die Haltung des Centrums — bezeichnenderweise waren auch einige Mitglieder dieser Partei anwesend — den Perren die Beforgnis um das Schicksal der Vorlage genommen haben muß; und so wurde der Reichstag auch kaum erwähnt.

Am so mehr wurde über die Sozialdemokraten hergezogen, die nicht einsehen wollten, daß jedes Kriegsschiff aus „Arbeitslohn“ bestche, und daß daher der Verdienst der Arbeiter von der Größe der Flotte abhängt.

Der Generalsekretär des Centralvereins deutscher Industrieller, der Reaktionsär Bueck, bemühte sich, die Kosten der Flottenvermehrung als verhältnismäßig unbedeutend hinzustellen, was sie ja auch in der That sind im Verhältnis zu den Tausenden von Millionen Mark, deren Besitzer die Versammlung bildeten. Nur daß diese sich dafür bedanken würden, die erforderlichen Summen aus ihrer Tasche herzugeben.

Nachdem noch ein Hamburger Kapitän mit einem eigenen Erlebnis aus dem Kriegsjahre 1870, wo er einige Monate aus einem südamerikanischen Hafen nicht hatte auslaufen können, die Notwendigkeit einer großen Marine begründet hatte, wurde die „impofante“ Versammlung geschlossen. Komödie!

Die Polen!

In Posen hat sich eine polnische Wählerversammlung mit der Marinevorlage beschäftigt. Abg. Dr. v. Chlapowski sprach sich gegen den Flottengesetzentwurf aus und beantragte in diesem Sinne eine Resolution, in der der Reichstagsabgeordnete der Stadt Posen, Cegielski, aufgefordert wird, auch innerhalb der Fraktion mit allen Kräften gegen die Vermehrung der Flotte zu wirken. Der anwesende Reichstagsabgeordnete Dr. v. Dziembowski riet von der Annahme dieser Resolution ab. Die Marinevorlage sei für die Polen eine Angelegenheit zweiter Klasse! v. Dziembowski wurde fortwährend durch Zurufe aus der Versammlung unterbrochen. Man rief „Versöhnungspolitik“ und ein Redner bezeichnete die Ausführungen des Reichsanwalts v. Dziembowski als echte und rechte Advokatenkniffe, als diplomatische Kunststücke etc. Die Versammlung drückte ihren Unwillen gegenüber den Ausführungen des Herrn v. Dziembowski aus. Schließlich wurde die Resolution des Dr. v. Chlapowski, die Polensfraktion möge gegen die Flottenvermehrung stimmen, einstimmig angenommen.

Immer hereinspaziert, meine Herrschaften!

Bei den Marinevorträgen der pensionierten Konteradmirale wird jetzt zu Anlockung des Publikums vorher angekündigt, daß die Besucher einen Abdruck der Marinetafellen

des Kaisers geschenkt erhalten würden. So geschah es in Köln bei einem Vortrag des Admirals Werner aus Wiesbaden. Gleichwohl waren noch nicht 300 Personen der Einladung gefolgt. Herr Werner schloß seinen Vortrag mit dem Satz: „Ein Volk, das jährlich für 2500 Millionen Mark Getränke durch die Kechle jagt und für 700 Millionen Mark Tabak verpufft und anderen Luxus treibt, kann nicht arm sein.“ Die Kreise des Herrn Redners, so bemerkt dazu die Königlich-Preussische Volkszeitung, können allerdings neue Steuern leicht tragen; die breite Masse der Bevölkerung hat an Steuern gerade genug.

Schinesisches.

Zur chinesischen Anleihe

bringt der Manchester Guardian, eines der wenigen angesehenen englischen Provinzialblätter, die Mitteilung, der englische Minister sei zu dem Entschluß gekommen, die Ausgabe der Anleihe mit der deutschen Regierung zusammen durchzuführen. Dies sei in der Weise gedacht, daß die beiden Regierungen eine Anzahl von englischen und deutschen Banken bei der Herausbringung der Anleihe unterstützen würden.

Es ist kaum anzunehmen, daß die deutsche Regierung irgend eine Garantie bei der chinesischen Anleihe übernehmen würde. Wenigstens ist früher bei ähnlichen Gelegenheiten eine solche Garantieleistung stets abgelehnt worden. Etwas anderes ist es, ob sich deutsche Finanzkreise an dem Geschäft beteiligen wollen. Wie verlautet, sind Verhandlungen zwischen deutschen und russischen Finanzkreisen über dieselbe Angelegenheit geführt worden, haben aber infolge zu hohen Forderungen russischerseits kein Ergebnis gehabt.

Die Ostasiat. Korv. teilt mit, daß die chinesische Regierung die Verhandlungen über die Anleihe Li-Hung-Tschang abgenommen und dem Generalkonsul Sir Robert Hart, einem Engländer, übertragen habe. Ueber das Pfand für die Anleihe berichtet dasselbe Organ, daß dafür die Einkünfte des Salzmonopols, die auf zehn Millionen Taels jährlich geschätzt werden, zunächst belegt werden dürfen. Des weiteren seien in China neue Steueranfragen geplant. Auch würde sich die chinesische Regierung verpflichten müssen, gewisse fiskalische Reformen mit Hilfe europäischer Beamter durchzuführen. Eines schließlich der noch jetzt auszunehmenden Anleihe würde die gesamte chinesische Staatsschuld im ganzen etwa 50 Millionen Pfund Sterling (1000 Millionen Mark) betragen.

Im Sinne der Rede Walfours

soll, wie der Daily Telegr. über Wien erfährt, die deutsche Regierung demnächst eine amtliche Erklärung abgeben wollen, dahingehend, daß alle Nationalitäten volle Freiheit im Handel mit China genießen sollten.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

In München wurde Nummer 2 des Süddeutschen Postillons wegen angeblicher Majestätsbeleidigung konfiszirt, die in einer Karrikatur Napoleons III. aus dem Jahre 1868 gefunden wurde.

Auch in der Expedition der Leipziger Volkszeitung wurden gestern 13 Exemplare der fraglichen Nummer auf Veranlassung des Landgerichts München I beschlagnahmt.

* Berlin, 14. Januar. Wegen des Urteils der Disziplinarkommission wider den Kriminalkommissar v. Tausch, wodurch über diesen die Strafe der Befehung in ein anderes Amt von gleichem Range mit Verlust des Anspruches auf Unzugskosten verhängt worden ist, hat die Staatsanwaltschaft die Berufung an das Staatsministerium eingelegt.

Eine starke Vermehrung der chinesischen Gesandtschaft in Berlin ist vom Kaiser von China bewilligt worden; an der Spitze der Gesandtschaft, die aus 30 Herren besteht, befindet sich ein ausschließlich für die Reichshauptstadt beglaubigter Minister.

Eine Konferenz von schlesischen Industriellen hat im Berliner Ministerium der öffentlichen Arbeiten über die Erleichterung des Abfahres der oberschlesischen Koble in den Ostseehäfen und die Befeitigung des Wagenmangels verhandelt.

Herr v. Krücker, der neue Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses war früher auch Vorsitzender des Komitees der Kreuzzeitung. Aus diesem trat er aus, als er die Befeitigung des Herrn v. Hammerstein nicht durchsetzen konnte. Im Abgeordnetenhause hat er dann bekanntlich das Komitee in einer etwas „eigenwilligen“ Weise zu „rechtfertigen“ gesucht.

Der Hann. Kurier bestätigt, Bennisgen werde im Februar an den Reichstagsverhandlungen teilnehmen, und teilt mit, daß er in die Kommission für die Marinevorlage eintreten werde. Will er, der Scheidende, ehe er für immer in den Orkus des „Allenteils“ hinabsteigt, der Regierung noch den letzten Liebesdienst erweisen? —

Den Berliner Stadtvorordneten ist nachfolgendes Dankschreiben des Kaisers zugegangen: „Ich spreche den Stadtvorordneten für die Glückwünsche, welche sie mir im Namen der Bürgerschaft meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin beim Jahreswechsel zum Ausdruck gebracht haben, meinen Dank aus. Mit Befriedigung bin ich in der Adresse der pietätvollen Erinnerung an meinen in Gott ruhenden Herrn Vater und meines hochseligen Herrn Großvaters begegnet und habe dabei gern der erhebenden Befestigung gedacht, mit welcher im vorigen Jahre der 100. Geburtstag des großen Kaisers in Berlin begangen worden ist. Wie sein Standbild, so hoffe ich, wird auch bald dasjenige seines edlen Sohnes und Nachfolgers an der Krone die Hauptstadt schmücken, und wenn, wie die Stadtvorordneten versichern, die Berliner Bürgerschaft eifrig bemüht ist, an ihrem Teile die nationale Wohlfahrt zu fördern, so wird ihr dies um so erfolgreicher gelingen, je ensther die Bürgerschaft und ihre Vertretung die dankbare Erinnerung an jene beiden Helden und die große Zeit, welche Gott der Herr durch sie unsrem Volk geschenkt hat, in königstreuer Befinnung wahr und behältigt.“

In der Kreuzzeitung, dem Organe der Junker liest man: Die Konventsdemokratie der französischen Schreckenszeit wagte es gegen eine Welt in Waffen anzukämpfen. Da zeigte sich, was man sonst auch sagen möge, ein großer Zug; die Marxeillaise wird niemand eine „Spießbürger-Hymne“ nennen. Vieles hat man den blutriesenden Vorkämpfern der „Menschenrechte“ nachgedacht, für diesen großen Zug aber nie das geringste Verständnis bewiesen, soweit er mehr als rein abstrakte Bewunderung bedeutet.

Das klang doch sonst anders. Aber gebührt sei dieses Bekenntnis des Blattes der Ebelsten doch über den Konvent, der so viele gekünte und aristokratische Köpfe hat springen lassen.

Die Königlich-Preussische Volkszeitung schreibt: Die Anziehungskraft der Diäten hat gleich die erste Sitzung des Abgeordnetenhauses

wieder bewiesen. Während der Reichstag in seiner ersten Sitzung beschlußunfähig war, hatten sich hier bereits 310 Mitglieder eingefunden. Die Diäten werden nämlich nur gezahlt vom Tage des Eintrittes in das Haus ab. Ist man erst einmal „auf dem Bureau angemeldet“, so laufen die Diäten von selbst weiter, es sei denn, daß man Urlaub nehme. Während des Urlaubs bleibt es keine Diäten. Fehlt jemand, ohne Urlaub genommen zu haben, so erhält er die Diäten. Diese Einrichtung ist, wie jede, des Mißbrauchs fähig.

Der konservative Abgeordnete Pastor Schall, der unsägliche Schwäger, in der Stichwahl von 1893 durch die Freisinnigen des Kreises Osthavelland-Spanbau in den Reichstag befördert, wird bekanntlich von seinen eigenen Parteigenossen „abgeschägt“. An seiner Statt war der konservative Potsdamer Stadtverordnete Fröhlich als Kandidat in Aussicht genommen. Doch ist es den Antisemiten gelungen, die Kandidatur des Potsdamer Tischlermeisters Pauly durchzusetzen. An der Vertrauenswählerversammlung nahmen außer den Antisemiten und Konserverpartei auch die Nationalliberalen teil, die gleichfalls den antisemitischen Kandidaten auf den Schild erhoben.

Im Wahlkreis Saarbrücken zeigt sich deutlich ein Schwanken des Einflusses des Herrn v. Stumm und der Zusammenbruch des alten Nationalliberalismus. Die Nationalliberalen haben bisher nicht einmal einen Kandidaten gefunden. Der bisherige Vertreter des Kreises, der national-liberale Abgeordnete Volk, hat sich zur Wiederannahme des Mandats nicht bewegen lassen und bei anderen hat man bisher vergebens angeklopft. Neben der Kandidatur Kulemann, deren Aufstellung das Ergebnis einer Bewegung gegen Herrn von Stumm und seinen Einfluß ist, tritt jetzt noch eine, allerdings stummfreundliche Handwerkerpartei auf den Plan mit einem eigenen Reichstagskandidaten in der Person des Bürgermeisters Dr. Keff von St. Johann. Die Schilderheber hier sind ebenfalls Leute, die sonst zur nationalliberalen Partei zählen.

Braunschweig, 13. Januar. Wie die Braunschweigische Landeszeitung meldet, wurde heute hier der Tischler Wilhelm Waldmann verhaftet und der Militärbehörde zugeführt. Er ist beschuldigt, im September 1897 aus den Munitionsräumen des Feldartillerie-Regiments Nr. 31 in Wischweiler mittels Einbruchs Fälschlinge besonderer Konstruktion u. s. w. entwendet zu haben.

Waldmann desertierte im Jahre 1890 aus dem genannten Regiment, diente fünf Jahre in der französischen Fremdenlegion und verübte nach seiner Rückkehr eine einjährige Festungsstrafe.

Neue politische Nachrichten. Ludwig Sombart, der frühere nationalliberale Landtags- und Reichstagsabgeordnete, ist in Oberfeld im Alter von 82 Jahren gestorben. In das parlamentarische Leben trat Sombart 1892 ein, er wurde für den 5. Merseburger Kreis (Mansfelder See- und Gebirgskreis) in das Abgeordnetenhaus gewählt. Dem Reichstag gehörte Sombart nach 1897 eine Reihe von Jahren als Vertreter des Mansfelder Kreises an. Er beteiligte sich namentlich an Erörterungen landwirtschaftlicher Fragen, war aber ein Gegner der agrarischen Agitation.

Aus Wien wird gemeldet: Das Verfahren gegen jene Personen, die in den letzten Tagen der letzten Reichsratsession wegen der Vorgänge im Parlament angeklagt worden sind, wurde auf Befehl der Staatsanwaltschaft eingestellt. — Der russische Kriegsminister v. Wannowski hat den nachgesuchten Abschied erhalten. In einem Reskript hat der Kaiser Wannowski für seine Amtsführung seine Anerkennung ausgesprochen und ihn zum Chef des 181. Trappener Infanterieregiments ernannt. — Für den Kongofaak, Leopolds Gründung, werden im Etat für das laufende Jahr weitere drei Millionen Franken Vorschüsse verlangt, wovon zwei seitens des belgischen Schatzamtes, eine vom König geleistet werden. Trotzdem weist der Etat für 1898 noch einen Fehlbetrag von zwei Millionen auf. — In Uganda reichen die englischen Truppen zur Bekämpfung der sudanesischen Meuterer nicht mehr aus. Auf Verlangen der englischen Behörden wird die indische Regierung binnen kurzem 400 Pendschab-Mohammedaner nach Uganda senden. — Aus dem Küstengebiet nach Brüssel gelangte Privatbriefe besitzend, im Gegenfuge zu den optimistischen Meldungen der französischen Regierung, die Niedermechelung der Expedition nach Arabien.

Der Basutohauptide Verotshobie hat die feste Stellung Masuphas nach einem die ganze Nacht hindurch währenden Gefechtes erklärt. Ein wilder Kampf, Mann gegen Mann; wüthete auf dem Gipfel des Berges. — Von den Neuen Hebriden ist die Nachricht gekommen, daß unter den eingeborenen Stämmen die Feindseligkeiten wieder ausgebrochen sind. In Tanna wurde ein großes Blutbad angerichtet, und die Handelstreibenden erlitten viele Unannehmlichkeiten infolge dieser Lage. — Nach einem Telegramm aus Boma an die Kongoregierung hat eine „Bande“ von Aufständischen eine Abteilung von Soldaten des Kongofaaktes im Norden des Tanganjikas am 18. November angegriffen und geschlagen; der Führer der Abteilung ist gefallen. Baron Dhanis meldet, daß sein Hauptquartier in den letzten Monaten in Volandau aufgeschlagen worden sei, und daß er persönlich die Leitung der Operation gegen die Aufständischen übernommen habe. — Aus Haiti wird gemeldet, der Präsident der Republik werde sich nach Washington begeben, um über die Annexion der Insel durch die Vereinigten Staaten zu verhandeln. (??)

Oesterreich-Ungarn.

Aus dem böhmischen Landtage.

Prag, 13. Januar. Die Abgeordneten Graf Bouquoy und Schlesinger, die heute ihre Anträge auf Regelung der Sprachenverhältnisse bezug. Aufhebung der Sprachenverordnungen begründen sollten, hielten sich mit Krankheit entschuldigend.

Das Haus ging deshalb zur Tagesordnung über und begann die Beratung der Regierungsvorlage, betreffend die Befreiung der Einkommensteuer von Zuschlägen.

In der Debatte über die Regierungsvorlage, betreffend die Befreiung der Personal-Einkommensteuer von Zuschlägen, sagt der Jungtscheche Herold, die Deutschen seien es gewesen, die im Reichsrate die Erledigung der wirtschaftlichen Angelegenheiten verhielten.

Der Deutschradikale Pro meint, an eine dauernde Beteiligung der Deutschen an den Landtagsverhandlungen sei nach der Stimmung in den Kreisen der Deutschen nicht zu denken, solange die Sprachenverordnungen ganz oder auch nur teilweise in Kraft blieben. Hierauf wird die Vorlage an eine Kommission verwiesen und der Sprachenantrag des Abgeordneten Grafen Bouquoy in Verhandlung gezogen.

An Stelle des erkrankten Antragstellers begründete Prinz Bobrowitz den Antrag. Dieser beginnt seine Rede in tschechischer Sprache, wobei er durch Zwischenrufe: „Er soll deutsch reden!“ unterbrochen wird. Unter andauernder Unruhe fährt Redner in deutscher Sprache fort, wobei die tschechischen Abgeordneten rufen: „Er soll tschechisch reden!“ Er führt in deutscher Sprache unter großem Lärm aus, der Antrag bedürfe eigentlich keiner Begründung. Er schließt unter großem Lärm mit dem Antrage, daß die Kommission, die über die Sprachenfrage beauftragt worden sei, alle einschlägigen Fragen in Beratung ziehe und richtet einen Appell an die Abgeordneten zu einer beiderseitigen Versöhnung.

Der deutschvölkische Abg. Schäfer begründet die Notwendigkeit der Abgrenzung der Bezirke und sagt, die Deutschen werden von der Entschiedenheit ihres Auftretens nicht ablassen, bis die Sprachenverordnungen aufgehoben sind. Die Regierung verstehe sich hinter dem Antrage des Großgrundbesitzes.

Abgeordneter Schäfer führt aus, die Deutschen seien gegen den Antrag Bouquoy, da eine Verständigung in dieser Kommission unmöglich sei, und da die Deutschen die Kompetenz des Landtages in dieser Angelegenheit nicht anerkennen. Es sei eine Reichsgesetzesvorlage einzubringen. Die Deutschen werden in diese Kommission nicht gehen, sondern in jene, die sie für ihren Antrag auf Aufhebung der Sprachenverordnungen verlangen.

Der Jungtscheche Engel erklärt, die Jungtschechen stimmen für den Antrag Bouquoy und würden in der Kommission für eine gerechte Lösung der Sprachenfrage eintreten.

Der deutschvölkische Abgeordnete Prade greift den Statthalter Condenhove an und sagt: Wir werden trotz aller Denunziationen immer deutsch „die Wacht am Rhein“ singen.

Die Interpellation Wernuths hinsichtlich der Prager Ereignisse beantwortend, stellte der Statthalter eingehend die Prager Vorgänge dar und wies auf die Gefährlichkeit rückwärtsloser Anwendung der Wassengewalt mit Rücksicht auf den sich ruhig verhaltenden Teil der Bevölkerung hin. Künftig werde alles aufgegeben werden, die Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit des Eigentums und der Person jedenfals zu gewährleisten. Die Staatsverwaltung könne die Verpflichtung zur Entschädigung nicht anerkennen, beabsichtige jedoch Hilfeleistung für die kleinen schwergeschädigten Leute durch Subventionen oder unbedingte Darlehen. Der Statthalter drückte sein tiefes Bedauern aus, verurteilte die Ausbreitungen nachdrücklich und hoffte zuversichtlich, daß die Ruhe nicht mehr gestört werde.

Frankreich.

Der Esterhazy-Standal. — Solas offener Brief. — Aus der Kammer.

Paris, 13. Januar. Infolge der im Prozesse Esterhazy enthaltenen Thatsachen wurde Oberst Picquart heute vormittag in Haft genommen und in das Fort Mont Valerien gebracht, bis eine Entscheidung darüber erfolgt, ob er vor ein Untersuchungsgericht gestellt werden soll.

Der offene Brief Solas an den Präsidenten Faure lautet folgendermaßen: „Ich klage du Baly de Cham an, der diabolische Urheber des Justizirrtums gewesen zu sein. Ich klage General Mercier der Mitschuld hierbei an. Ich klage Villot an, die Beweise der Unschuld des Dreyfus unterdrückt und Voisbedre und Gouze, hierbei mitgewirkt zu haben. Ich klage Pellieux und Nabary einer verbrecherischen Untersuchung an. Ich klage das erste Kriegsgericht an, Dreyfus auf ein geheim gehaltenes Dokument verurteilt und ich klage das zweite Kriegsgericht an, wissenschaftlich einen Schuldigen freigesprochen zu haben. Man möge mich vor die Geschworenen stellen und eine offene Untersuchung einleiten.“

Wie der Jour meldet, erfolgte die Verhaftung des Obersten Picquart wegen Verdachts der „Fälschung“. Es handelte sich angeblich um den nicht zur Post beförderten Rohrpostbrief, der die Adresse Esterhazy trug und aus dem Beziehungen Esterhazy zu einem fremden Militärattaché hervorgehen sollten. Picquart habe, um dem Briefe das Merkmal der Echtheit zu verleihen, vorgeschlagen, einen falschen Poststempel darauf zu setzen.

Einer Meldung des Temps zufolge wurde Esterhazy pensioniert. Wie der Jour meldet, hat Major Esterhazy „freiwillig“ um seine Pensionierung nachgesucht, angeblich, um seinen Gegnern gegenüber freie Hand zu haben. Die Esterhazy freundschaftliche Presse, die offenbar rast, verlangt wegen des heutigen Briefes die Verhaftung Solas oder dessen Unterbringung in eine Irrenanstalt.

In dem heutigen Ministerrate teilte der Ministerpräsident Méline das Interpellationsbegehren des Deputierten de Pontbriand über die Maßregeln mit, die die Regierung zu ergreifen gedenke, um der Campagne zu Gunsten des Hauptmanns Dreyfus ein Ende zu machen. Die Minister verlagten ihre Entscheidung über diese Angelegenheit und über andere ähnliche angelegte Anfragen bis zu dem am nächsten Sonnabend unter dem Vorsitze des Präsidenten Faure stattfindenden Ministerrate.

Zu Vicepräsidenten wurden Magnin, Peytral und Franck-Chauvau wiedergewählt; dagegen wurde Scheurer-Kestner nicht wiedergewählt, er erhielt bei der ersten Abstimmung 80 von 239 abgegebenen Stimmen.

Der zweite Wahlgang für die Wahl des vierten Vicepräsidenten des Senats wurde auf morgen vertagt. Wie verlautet, wird Scheurer-Kestner seine Kandidatur zurückziehen.

Graf de Mun, der royalistische Abgeordnete, erklärt in der Kammer, daß er die Regierung über den offenen Brief Solas an den Präsidenten Faure interpellieren wolle. Die Kammer unterbricht darauf die Sitzung, um das Erscheinen des Kriegsministers abzuwarten.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung nahm der Ministerpräsident Méline das Wort. Er erklärte, er begreife die Bewegung der Kammer angesichts des Angriffes gegen die Spigen des Heeres. Die Regierung habe, ihrer Pflicht sorgsam eingedenk, beschließen, Jola vor Gericht zu bringen, obgleich sie sich nicht verhehle, daß man die Strafverfolgungen wolle, um die Agitation zu verlängern. Er sprach die Hoffnung aus, die Kammer werde zu der Thatkraft und der Weisheit der Regierung Vertrauen haben.

Graf de Mun führte aus, die Regierung und die Kammer seien der Arme eine Bezeugung ihres Vertrauens schuldig; es sei unmöglich, die Hochflut der Beleidigungen und der Angriffe weiterdauern zu lassen.

Kriegsminister Villot erwidert, es sei heute das vierte Mal seit einem Jahre, daß er die Aufgabe habe, eine abgeurteilte Sache zu vertheidigen. Die Arme weise die Angriffe mit Verachtung zurück; es sei jedoch schmerzhaft, sie in dieser Weise vor dem Auslande angegriffen zu sehen. Die wieder gekräftigte Arme arbeite und verfolge ihre Aufgabe, und am dem Tage, wo man ihrer bedürfen sollte, würde sie ihre Pflicht zu erfüllen wissen.

Jaurès (Soz.) tadelt den Ausschluß der Öffentlichkeit im Prozesse Esterhazy, welche bei der Nation ein Dunkel bestreife lasse. Er fordert die Mehrheit auf, den Grundfals der Unterordnung der militärischen Gewalt unter die Zivilgewalt nicht zu verleugnen.

Der Kriegsminister Villot erwidert ihm, die Arme gehorche ihrem Chef, dem treuen Hüter der republikanischen Einrichtungen, und sie verfolge ihre heilige Aufgabe.

Cavaignac wandte sich gegen Jaurès, der ungerichtfertige Angriffe gegen das Heer erhoben habe, spricht sich jedoch dahin-

aus, daß der Kriegsminister nicht durch ein Wort die um die Angelegenheit Dreyfus entstandene Campagne beenden könne; er forderte die Mitteilung des geheimen Aktenstückes, welches die Verurteilung des Kapitäns Dreyfus einschloß. (Unruhe.)

Ministerpräsident Méline erklärte hierauf, es sei unmöglich, vor der Kammer einen durch Urteilspruch des Kriegsgerichts erledigten Prozeß aufs neue zu beginnen. Hierauf wurde die Debatte geschlossen. Eine von Cavaignac eingebrachte Tagesordnung, die das zögernde Verhalten der Regierung bedauert, wurde mit 317 gegen 192 Stimmen abgelehnt.

Darauf nahm die Kammer mit 313 gegen 141 Stimmen eine von Marly beantragte und vom Ministerpräsidenten Méline angenommene Tagesordnung an, die das Vertrauen in die Erklärungen der Regierung ausdrückt.

Graf de Mun beantragte, der Tagesordnung die Worte hinzuzusetzen: „Die Kammer rechnet darauf, daß die Regierung die nötigen Maßnahmen werde zu ergreifen wissen, um der Campagne der Agitation gegen das Heer ein Ende zu setzen.“

Dieser Zusatz wurde mit 254 gegen 120 Stimmen genehmigt und sodann die gesamte Tagesordnung mit 312 gegen 122 Stimmen angenommen.

Spanien.

Ruhe in Cuba??!

Drahtnachrichten, die aus Havana in Madrid eingelaufen sind, bestätigen die Newyorker Meldung von Unruhen in Havana. Der General fügt hinzu, daß vor dem Palaste des Generalkapitäns eine Kundgebung stattgefunden habe, bei der die Rufe: „Es lebe Spanien! Es lebe General Breyer! ausgehoben worden seien. Kavallerie habe die Manifestanten zerstreut, drei Offiziere seien verhaftet worden, die Theater und Kaffeehäuser wären geschlossen.

Das Amtsblatt von Havana veröffentlicht ein Dekret, das die Strafen für Preßvergehen erhöht. Eine nette Versöhnung!

Großbritannien.

Wahlkämpfe und industrielle Fragen.

London, 12. Januar. Heute findet die Ergänzungswahl in Plymouth statt, wo dem liberalen Kandidaten, Sigismund Mendl, der Sohn des Lord Wimborne als Gegner gegenüber steht. Auch hier hat die industrielle Krise eine nicht unbedeutende Rolle gespielt; Sir E. Clarke, ein konservativer Abgeordneter, der die Haltung des Unternehmerverbandes früher beurteilte, ließ sich veranlassen, sich gegen die Maschinenbauer zu erklären, die bekanntlich in Regierungskreisen nur wenige Freunde haben. Noch erstaunlicher sind jedoch die Worte, die dieser ehemalige Kronjurist gegen Mendl aussprach, der er als einen „deutschen Juden“ bezeichnete. Mendl ist ein Jude, ist auch wohl deutscher Abstammung, aber Sir E. Clarke hat gänzlich vergessen, daß die konservative Partei vor Jahren unter der Leitung des Benjamin Disraeli stand, der auf seine jüdische Nationalität stolzer war als auf seinen Grafentitel, daß Benjamin Goshen in der Admiralkolonne saß, und daß im letzten Jahr Schlesinger-Stuckel, der konservative Abgeordnete für Romford, noch vor dem Tag seiner Kandidatur ein Ausländer war und auch nach der Wahl ein Jude blieb.

In York ist die Lage bis zum Tag der Wahl sehr verworren geblieben. Sir E. Furness, der große Ahrer und amtliche Kandidat der liberalen Drahtzieher, hat zwar von Kalfisse, dem organisierenden Schriftführer des Ortsverbandes der Maschinenbauer eine Erklärung erlangt, wonach seine Kandidatur von den Arbeitern nicht länger beanstandet werden soll, aber weder Barnes, noch auch John Burns billigen den Mann, der seine Arbeiter auf Geheiß des Unternehmerverbandes ausgeperert hat und sich in Gemeinplätzen gefällt, statt den einzig richtigen Schritt zu thun — seine Arbeiter wieder zuzulassen. Die Liberalen haben geringe Aussichten, diesen Sitz zu behaupten.

Eine sehr interessante Wahl steht auch in der Grafschaft Durham bevor, wo der Sitz des Generals Hanko-Allen erledigt ist, der im Khatbarpasse ermordet wurde. Dort sind die Grubenarbeiter stark auf der Wählerliste vertreten, und industrielle Fragen werden voraussichtlich beim Wahlkampf eine große Rolle spielen. Richardson ist liberaler, Lambton konservativer Kandidat.

Nachschrift der Redaktion. Soeben wird gemeldet: Zum Mitgliede des Unterhauses ist der liberale Mendl mit 5966 Stimmen gewählt worden; der konservative Gegenkandidat hatte 5802 Stimmen erhalten. Auch der bisherige Vertreter im Unterhause gehörte der liberalen Partei an.

Türke Nachrichten aus Indien.

Kalkutta, 13. Januar. Eine britische Vermessungs-Abteilung unter der Führung des Hauptmanns Burn, die aus über 200 Trägern und Signalisten bestand, wurde im Melran-Distrikt (in Belutschistan, längs der Küste des Indischen Ozeans) von ausländischen Bergstämmen angegriffen. Der westliche Teil von Melran, das große Sandwüste, stelle, bäre Gebirge, aber auch fruchtbare Thäler umfaßt, ist mit dem persischen Reiche vereinigt. Eine Anzahl der eingeborenen Soldaten, die die Abteilung begleiteten, wurde getötet und viele verwundet. Dem Hauptmann Burn gelang es, auf einem Kameel zu entkommen und nach einem Rit von 130 Meilen Ormara, einen Ort in Belutschistan an der Küste von Melran, zu erreichen. Der Zustand der Stämme richtet sich gegen den Khan von Khetat; Ormara ist bedroht. Die Truppen des Khans halten das Fort Nasrabad besetzt.

Belutschistan (zwischen 24° 50' bis 30° 20' n. Br. und 61° 20' bis 69° 50' ö. L.), im Norden von Afghanistan, im Osten von Vorderindien, im Westen von Persien, im Süden vom Indischen Ozean begrenzt, etwa 315000 Quadratkilometer groß, sieht im Wesen seit 1872 unter persischer Oberhoheit. Das Gebiet von Quetta haben seit 1876 die Engländer, den Rest des Landes „beherrscht“ der Khan (Fürst) von Khetat.

Im Distrikte Gudschat an der Nordwestküste Indiens sind erste Unruhen ausgebrochen. 5 Sepoys (eingeborene Soldaten) wurden getötet. Auch verlautet, daß ein englischer Beamter schwer verwundet sei. Von Ahmedabad sind 300 Mann Soldaten an Ort und Stelle geschickt worden.

Rußland.

Das Reichsbudget für 1898 weist folgende Zahlen auf: Ordentliche Einnahmen 1364458217 Rubel, außerordentliche Einnahmen 3300000 Rubel, Einnahmen aus den freien Beständen des Reichsschatzes 106291706 Rubel; ordentliche Ausgaben 1850085213 Rubel, außerordentliche Ausgaben 123984710 Rubel, der Ueberschuß der ordentlichen Einnahmen über die ordentlichen Ausgaben beträgt daher 14373004 Rubel.

Im Vergleich zu dem Budget von 1897 sind an ordentlichen Einnahmen um 46091722 Rubel mehr und an ordentlichen Ausgaben um 66226351 Rubel mehr angelegt.

Hierzu zwei Beilagen.

Achtung, Buchbinder!

Sonnabend den 15. Januar abends 8 Uhr
im Albertgarten, Anger-Crottendorf
Große öffentl. Versammlung
aller in Buchbindereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.
Tagesordnung: 1. Bericht der Tarifkommission und Abrechnung derselben.
2. Abrechnung vom Unterstützungsfonds. 3. Bericht der Delegierten vom Gewerkschaftsstatut. 4. Renouveau der Tarifkommission und der Vertrauensleute vom Unterstützungsfonds. 5. Gewerkschaftliches. [324]
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen Ehrensache.
Die Tarifkommission.

Öffentl. Bildhauer-Versammlung

Sonnabend den 15. Januar abends 9 Uhr
im Restaurant Kast, Schloßgasse 10, I.
Tagesordnung: 1. Quartalsbericht vom Centralverein der Bildhauer Deutschlands. 2. § 4 der Verfassung B, event. Anträge zu Statutenänderungen. 3. Gewerkschaftliches. [367]

Stellmacher.

Öffentl. Versammlung

Sonnabend den 15. Januar abends 1/9 Uhr
im Coburger Hof, Windmühlenstr.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Krämer, Sachkundig: Was müssen die Arbeiter thun, um günstigere Arbeitsbedingungen zu erlangen. 2. Gewerkschaftliches.
Das Erscheinen aller Stellmacher ist notwendig.
Die statistischen Fragebogen sind mitzubringen.
Das Agitationskomitee.

Cementarbeiter u. verw. Ber.

Versammlung bei Spieß, Seeburgstr.

Sonnabend den 15. Januar abends punkt 1/8 Uhr
Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Gewerkschaftliches. 3. Diskussion.
Da vieles in der Gewerkschaft zu erledigen ist, bittet um zahlreichen Besuch. D. V.

Konsumverein Connewitz u. Umg.

Quartals-Versammlung

Sonnabend den 15. Januar abends 1/9 Uhr
im großen Saale des Gasthofs zur goldenen Krone.
Tagesordnung: 1. Bericht über das verfloßene Geschäftsjahr. 2. Bericht über die Kasse. 3. Bericht über die Mitglieder. 4. Diskussion.
Zutritt nur gegen Vorzeigung der Legitimationskarte.
Die geehrten Frauen der Mitglieder werden dazu besonders eingeladen.
Der Ausschuss: D. Wolfram, A. Siege.

Achtung, Bauhandarbeiter!

Öffentl. Versammlung

Sonntag den 16. Januar vormittags 1/11 Uhr
im Goldenen Ring, Nikolaistraße.
Tagesordnung: 1. Reorganisation der Kolportage des Verbandsorgans. 2. Bericht der Kartellbesitzer. 3. Bericht des Revisors der Verbandskasse. 4. Gewerkschaftliches. [358]
NB. Alle Mitglieder, welche noch mit den Steuern im Rückstande sind, werden ersucht, selbige sofort zu begleichen, andernfalls dieselben nicht mehr als Verbandsmitglieder anzusehen sind.
Unsere Expeditionszeit: Jeden Sonnabend abends von 7-9 Uhr im Goldenen Ring.

Lithographen, Steindrucker

Tapetendrucker u. Berufsgen.

Öffentl. Versammlung

Dienstag den 18. Januar abends halb 9 Uhr
im Saale der Flora, Windmühlenstr.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Friedmann aus Chemnitz: Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie. 2. Bericht von der Landes-Konferenz. 3. Wahl eines Agitations-Komitees für Leipzig. 4. Diskussion zu allen Punkten.
Der Besuch zu dieser Versammlung wird von allen Kollegen erwartet.
Der Vertrauensmann. [355]

Verein für naturgemäße Gesundheitspflege

Leipzig-Kleinzschocher. E. G.
Sonntag den 16. Januar punkt 3 Uhr Generalversammlung im Bürgergarten. Nicht eines jeden Mitgliedes ist, pünktlich zu erscheinen. [363]
Freitag den 28. Januar 1/9 Uhr Vortrag von Herrn Dir. Mondschlein in Leipzig über: **Sicht und Rheumatismus**, im Bürgergarten.
Zum Vortrag Gäste herzlich willkommen. Der Vorstand.

Achtung, Buchbinder!

Der Kassenabend findet Sonnabend den 15. Januar in Vertretung der öffentlichen Versammlung im Albertgarten statt. [348]
Fachverein der Buchbinder u. verw. Berufsgen.

Leipziger Genossenschaftsbäckerei

(Eingetr. Gen. m. beschr. Haftpflicht.) [374]
Den verehrlichen Mitgliedern zur Kenntnis, daß die

Bilanz auf das Jahr 1897

auf unserem Comptoir, L.-Anger, Felixstrasse 3, zur gefälligen Einsicht ausliegt.
Der Vorstand.

Günthers Bier- und Speisehaus, Brühl 74.

Empfehle kräftigen Gemüse-Mittagsstisch, à Portion 40 Pfg.

Gesellschaft Humor zu Leipzig.

Sonntag den 16. Januar
Christbescherung für arme Kinder
in sämtlichen Räumen der Goldenen Krone in Connewitz
unter Mitwirkung der Leipziger Säger aus dem Krystallpalast.
Herren Prugel, Klein, Jentsch u. sowie der beliebten Gurtischen Musikkapelle.
Programme im Vorverkauf 25 Pfg., an der Kasse 30 Pfg., Kinder in Begleitung Erwachsener je 15 Pfg. — Einlaß 1/3 Uhr. — Anfang punkt 1/4 Uhr.
Alle Freunde, Gönner und Bekannte der Gesellschaft „Humor“ sind herzlich hierdurch eingeladen. [340] D. B.

Södelscher Bandonion-Klub.

Dirigent: R. Edel. Begründet 1886. [354]
Sonntag den 16. Januar
Winter-Vergnügen
im Saale zum Goldenen Adler in Lindenau, Angerstr. 41.
Einlaß 8 Uhr. Anfang 7 Uhr. Tanz 50 Pfg. Der Vorstand.

Restaurant Bau-Bude, Gr. Fleischer-gasse 24.

Bereiten und Korporationen empfehle mein freundliches Gesellschaftszimmer (40-50 Personen fassend) zur gefälligen Benutzung. [4422]
Hochachtungsvoll P. Burkhardt.

Restaurant zum Hessischen Hof

48 Lützowstrasse 48
empfehle meine freundl. Lokalitäten. ff. Speisen u. Getränke zu civilen Preisen. Franz. Billard. Gesellschaftszimmer noch einige Abende frei. Achtungsvoll G. Zollo.

Restaurant National, L.-Plagwitz,

Karl Heine-Strasse 71.
Sollte meine Lokalitäten und Vereinszimmer bestens empfohlen. Biere und Speisen von bekannter Güte. Sonntags früh Spektakel. Karl Müller.

Restaurant Kamerun, Plagwitz,

Nonnenstr. Nr. 52
empfehle meine freundlichen Lokalitäten. Speisen und Getränke hochfein. Sonnabends Schweinsknochen, Sonntag Spektakel. Hochachtung Herm. Richter.

Restaurant Kaufhalle

Plagwitz, Zimmerstraße.
Jeden Freitag und Sonnabend Schweinsknochen mit Nudeln und Sauerkraut. Hierbei Unterhaltungsmusik. Um gütigen Zuspruch bittet Eugen Schubert.

Restaurant Vater Jahn, Lindenau

Merseburger Strasse.
Empfehle meine freundlichen Lokalitäten und anerkannt guten Speisen, kräftigen Mittagsstisch, ff. Naumannsches. Jeden Sonnabend Schweinsknochen sowie Spektakel. [8595] Hochachtung Albert Falter.

Restaurant Goldner Hirsch

L.-Anger, Wurzener Straße 16.
Empfehle hierdurch werten Freunden und Gönnerinnen meine freundlichen Lokalitäten. Jeden Sonnabend und Sonntag Freiloung. Hochachtung Hermann Frank.

Volkmarisdorf.

Mitglieder d. Sozialdemokratischen Vereins, die sich nächsten Sonntag an einem Agitations-Ausflug beteiligen wollen, werden ersucht, sich vormittags 11 Uhr im Restaurant Sanow, Katalanstr. 12, einzufinden. [373] Mehrere Mitglieder.

Arbeiterverein Leipzig.

Vereinslokal: Müngelgasse 7, II.
Sonnabend, 15. Januar, abends 9 Uhr: **Niederlegung.** Teilnahme für alle Vereinsmitglieder.
Sonntag, 16. Januar, nachm. 4 Uhr: **Gauß-Versammlung.** Tag.-Ord.: Bericht des Vorstandes; Feststellung des Haushaltsplanes für 1898; Renouveau des Vorstandes; Verschiedenes.
Donnerstag, 20. Januar: **Öffentlicher Vortrag** in der **Schöke**, Sellenbaußen, Wurzener Straße, von Herrn Manfred Wittich über die Geschichte der Hanse. Das **Stiftungsfest** findet Sonnabend den 12. Februar im Felsenkeller, Plagwitz, statt. [378]

Thonberger Turner-Abteilung.

Freitag, 14. Januar, abends 1/9 Uhr **Hauptbesprechung.**

Arbeiter-Verein für Döllitz und Umgegend.

Sonnabend, 15. Januar, abends 1/9 Uhr **General-Versammlung.**
Um zahlreichen Erscheinen bittet D. B.

Arbeiter-Verein Großschöcher-Windorf.

Sonntag, 16. Januar, nachm. 3 Uhr **General-Versammlung im Trompeter.**
Tag.-Ord.: 1. Bericht des Vorstandes, der Revisoren und Obmannen. 2. Verschiedenes. [377]
Nach der Versammlung **Geselliges Beisammensein.**
Der Vorstand.

Arbeiter-Verein Leutzsch.

Sonntag, 16. Januar, nachm. 1/3 Uhr **General-Versammlung bei Eisert.**
Tag.-Ord.: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes. 2. Renouveau des Vorstandes. 3. Anträge der Mitglieder. [376]
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht.
Der Vorstand.

Billige Möbel

Spiegel und Polsterwaren
Ernst Rehm
vorm. H. Lange
Lindenau, Querstr. 4, Nähe der Post. [9218]

HUGO SEIFERTS RÄUMUNGS-VERKAUF Petersstr. 37
eröffnet.
Schwarze u. farbige Kleiderstoffe, Seidenwaren, Ballstoffe, Waschstoffe, Mädchen-Mäntel, -Jacketts u. Kleider
Damen-Radmäntel, Jacketts, Umhänge, Kostüme, Blusen und Unterröcke, Knaben-Anzüge und -Mäntel
Spotbillig!

Grosse Matinee

Sonntag den 16. Januar 1898
vorm. punkt 11 Uhr
in Mehnerts Ballhaus, L.-Anger.
Mitwirkende:
Sängerabteilung des Arbeitervereins zu Thonberg-Neurodnitz, Manfred Wittich (Recitation), Konzertorchester G. Curth.
Es ladet ergebenst ein
Der Vorstand.
Programme à 20 Pfg.
sind zu haben beim Buffetier in Mehnerts Ballhaus, Jahns Restaurant, Kronprinzstr. in Reudnitz, Cigarrenhandlung Bonfig, Wurzener Str. 5, Anger, Cigarrenhandlung B. Röber, Markthalenstr., Expedition der Leipziger Volkszeitung, Mittelstr.

Arbeiter-Verein Bahren.

Sonntag den 16. Januar 1898
nachmittags 3 Uhr
General-Versammlung.
T.-O.: 1. Geschäftsbericht. 2. Kassenbericht. 3. Bericht der Revisoren. 4. Bericht der Obmannen. 5. Wahl des Gesamtvorstandes. 6. Anträge der Mitglieder.
Anträge sind schriftlich einzureichen.
Sonnabend, 15. Januar, Kassenabend. [879] Der Vorstand.

Gewerkschaft der Buchdrucker, Schriftgiesser u. verw. Berufsg.

Sonntag den 16. Januar 1898
vorm. punkt 11 Uhr
Grosse **Matinee**
in Mehnerts Ballhaus, L.-Anger.
Mitwirkende:
Sängerabteilung des Arbeitervereins zu Thonberg-Neurodnitz, Manfred Wittich (Recitation), Konzertorchester G. Curth.
Es ladet ergebenst ein
Der Vorstand.
Programme à 20 Pfg.
sind zu haben beim Buffetier in Mehnerts Ballhaus, Jahns Restaurant, Kronprinzstr. in Reudnitz, Cigarrenhandlung Bonfig, Wurzener Str. 5, Anger, Cigarrenhandlung B. Röber, Markthalenstr., Expedition der Leipziger Volkszeitung, Mittelstr.

Billige Möbel

Spiegel und Polsterwaren
Ernst Rehm
vorm. H. Lange
Lindenau, Querstr. 4, Nähe der Post. [9218]

Reichstag.

18. Sitzung. Donnerstag den 13. Januar.

An Bundesratsliche: Wiederholung. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des vom Centrum (Abg. Prinz v. Arenberg, Gröber und Genossen) eingebrachten Gesetzentwurfs, betr. Änderungen und Ergänzungen des Strafgesetzbuchs. Der Antrag nimmt im wesentlichen die Bestimmungen der im Jahre 1892 eingebrachten, aber nicht zu Stande gekommenen Regierungsvorlage, die unter dem Namen der lex Heine bekannt geworden, in der Gestalt wieder auf, die sie damals in der Kommissionsberatung erhalten. Verändert werden die Bestimmung des § 182a, die Bestimmungen über die Verbreitung unzüchtiger Schriften zc., neu eingefügt sollen werden Strafbestimmungen gegen das Zuhältertum, gegen unzüchtige Handlungen von Arbeitgebern, Dienstherren zc., die unter Mißbrauch des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses ausgeübt werden, gegen öffentliche Aufführungen, die durch gröbliche Verletzung des Scham- oder Sittlichkeitsgefühls Vergernis zu erregen geeignet sind, sowie gegen die wissenschaftliche Hebertragung von anstößigen Geschlechtskrankheiten. Die Verbreitung unbescholtener Mädchen soll endlich, statt bis zum vollendeten 16., bis zum vollendeten 18. Lebensjahre unter Strafe gestellt werden.

Präsident v. Bülow eröffnet die Sitzung um 2 1/2 Uhr. Abg. Dr. Spahn (Centr.): Schon im Programm der Centrumpartei von 1878 wurde ein erhöhter Schutz der Sittlichkeit gefordert. Wir haben insoweit wiederholt beim Reichstage Anträge eingebracht, in denen eine Verschärfung der Strafbestimmungen, die das Strafgesetzbuch zu diesem Schutz verleiht, gefordert wird. Diese Forderung müssen wir immer dringender stellen angesichts der in Deutschland immer größer werdenden sittlichen Not. Wir haben eine ganz unverhältnismäßig große Zahl von Ehescheidungen gegenüber den Zahlen anderer Länder in Europa, und diese ist noch dazu in beständigem Steigen. Der Grund für die Ehescheidungen ist aber in den weitaus meisten Fällen der Ehebruch. (Sehr richtig! im Centrum.)

Im Zusammenhang mit dieser Zunahme der Ehescheidungen steht die Zunahme der Prozentzahl der unehelichen Kinder. Auch die Auffassung der Sittlichkeit, wie sie in zahlreichen, viel gelesebenen Büchern zum Ausdruck kommt, giebt Zeugnis von einem bedenklichen Verfall der Sittlichkeit. Es ist daher nur natürlich, daß die Zahl der Verbrechen gegen die Sittlichkeit nach den Angaben der Kriminalstatistik beständig im Wachsen ist. Denken Sie ferner daran, in welcher geradezu erschreckenden Weise das Dirnen- und Zuhälterwesen zugenommen hat. Denken Sie auch an die Folgeerscheinungen dieses sittlichen Niedergangs, die beständig zunehmende Zahl der Selbstmorde.

Im wesentlichen haben wir uns den Beschlüssen der Kommission von 1892 angeschlossen und weitergehende Wünsche zurückgestellt. Zunächst fordern wir eine Verschärfung der Kuppel-Paragrafen. Die Zulassung einer Geldstrafe für diese Straftat scheint uns entschieden unangebracht, die Geldstrafe soll in Zukunft nur neben der Gefängnisstrafe zulässig sein, und zwar Geldstrafe in Höhe von 150 bis zu 6000 Mk. Nebenher soll auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden können. Zur wirksamen Unterfütterung dieser Maßnahmen soll die Erhöhung des Schutzes für unbescholtene Mädchen von 16 auf 18 Jahre dienen.

Es sind auch Personen vom Reichsgericht wegen Kuppel bestraft worden, wenn sie an Weibspersonen, die gewerbmäßig Unzucht treiben, Zimmer vermietet haben. Da diese Geschäfte doch irgendwo wohnen müssen, haben wir in den Gesetzentwurf die Bestimmung aufgenommen, daß ein solches Vermieten nicht als Wohnungsvermietung anzusehen ist, sofern nicht eine Ausbeutung des unfruchtlichen Erwerbs seitens der Mieterin damit verbunden ist.

Wir wollen die Unzüchtigkeit bekämpfen, namentlich die Unzüchtigkeit in Kunst, Literatur und Gewerbe. (Sehr wahr! im Centrum.) Das Rechte an sich ist nicht unzüchtig. Was unzüchtig ist, das ist die Verletzung aller künstlerischen und nur die Unzüchtigkeit bleibt übrig. Es soll nur die Sittlichkeit erweckt werden. Wer an öffentlichen Straßen oder Plätzen Schriften, Abbildungen oder Darstellungen ausstellt oder anhängt, die ohne Anstand zu sein, durch grobe Unanständigkeit geeignet sind, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl erheblich zu verletzen, soll mit Gefängnis bis zu drei Monaten und mit Geldstrafe bis zu 300 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft werden. Der Entwurf soll auch der Unzüchtigkeit in den Theatern vorbeugen. Es werden da sogenannte große Dichtwerke aufgeführt, die im höchsten Grade unzüchtig sind. Als eine Verhöhnung des Christentums muß es gelten, wenn das Leben des Liebeslebens als Todsinde hingestellt wird. (Also ist nach Centrumsauffassung Lebens John Gabriel Borkmann unzüchtig.) Wir wollen keineswegs eine neue Theaterzensur einführen, aber die Behörden sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß nicht allzu großer Realismus auf unseren Bühnen Platz greift. Nicht nur die Hygiene, sondern auch die Sittlichkeit ist von Einfluß auf die Gesundheit und Stärke eines Volkes. (Lebhafter Beifall im Centrum und rechts.)

Abg. Schall (deutschl.): Ich habe die Rede des Vorredners mit großer Freude gehört und hoffe, der Bundesrat wird dem Entwurf seine Zustimmung nicht verweigern. Er wird sich dadurch den Dank vor allem der christlichen Kreise unseres Volkes verdienen. Wenn die konservative Fraktion nicht den gleichen Entwurf eingebracht hat, so ist das nur deshalb geschehen, weil wir bei der Sitzung der Session nicht an eine Verabschiedung des Entwurfs glaubten. Natürlich stimmen wir mit dem Geist der Vorlage vollständig überein.

Besonders anerkennenswert ist in dem Entwurf das Eingehen auf die Wünsche der Vereine zur Hebung der Sittlichkeit. Freilich alles hat nicht Aufnahme finden können; das liegt auch daran, daß die Bekämpfung des anerkannten Übels der Unzüchtigkeit zum Ziel eine Aufgabe der Kirche sein muß, und daß man daher von der anderen Seite, dem Staate, nicht zu viel verlangen darf. Die sittlichen Potenzen müssen in unserem Staatsleben immer mehr gehärtet werden, und es ist durchaus notwendig, daß das deutsche Volk mit Hilfe der Gesetzgebung auf einer Stufe stehe in Hinsicht der Sittlichkeit, wie sie keinem Vorrang unter den Nationen entspricht. Das, was Tacitus an den Germanen rühmte, ihre Tugend, muß wieder Nationalgewohnheit der Deutschen werden.

Es ist mir vom Abg. Bebel vorgeworfen worden, daß ich das Uebel nur in den großen Städten erkläre, ich solle mich nur auf dem Lande umsehen, da würde ich bald merken, daß es da ebenso, ja schlimmer zugehe. Nun, das habe ich gethan, ich habe viele Gemeinden befragt. Aber das Ergebnis war: auf dem Lande findet sich freilich manches Unzüchtige, aber das ist nur aus den großen Städten eingeschleppt. Es ist in den Antworten, die ich erhalten, immer die Rede von der Nähe der großen Stadt, von den Mädchen, die aus der Stadt kommen zc. Ich komme nun auf die eigenen Anschauungen des Abg. Bebel. Er sagt z. B.: Die Prostitution ist da am entwickeltesten, wo die Klaffenunterschiede am schärfsten sind, wo für die Mädchen der arbeitenden Klassen nicht genügend Substitutionsmittel vorhanden sind. Woher aber kommt dies Anwachsen in den großen Städten, diese Vermehrung der Mädchen in den Fabriken? Von dem Zug nach den Städten von dem platten Lande aus, der die Jugend ergriffen hat in ihrem Verlangen nach einem vergnügten Leben. Und da giebt es nur ein Mittel: wir müssen für die Gesundheit unseres Volkslebens sorgen durch die Stärkung des christlichen Geistes, durch die Bekämpfung des Materialismus mit Hilfe unserer religiös-sittlichen Empfindens.

Der Sozialdemokrat muß ich vorwerfen, daß sie durch Untergrabung der religiösen Grundkraft des Volkes, durch Aufhebung des Christentums die Unzüchtigkeit des Volkes fördert. Bebel nennt die Prostitution ein Produkt der Verhältnisse, ein Ergebnis —

hören Sie zu, meine Herren, der höheren Kultur eines Volkes! Nun verlernen wir von unserem christlichen Standpunkte aus gewiß nicht die Wirkung der sozialen Zustände auf die Vermehrung der Prostitution, aber für grundverfehlt halten wir es doch, die äußeren Verhältnisse in den Vordergrund zu schieben. Die meisten der Paragraphen, die das Centrum beantragt, entsprechen unseren Wünschen. Manches fehlt noch in dem Entwurf; so Strafbestimmungen gegen die Vokale mit weiblicher Bedienung und gegen diejenigen, die auch mit bescholtenen Mädchen bis zu 16 Jahren in Verkehr treten. Lassen Sie sich durch die Rücksichten auf Stimmen bei den Wahlen — ich erinnere an die Beschlüsse des Gastwirtsverbandes — durch Vorwürfe von Stöcker und Maderer nicht abhalten, die Hand an diese Eiterbeule zu legen. Es handelt sich um keine Parteifrage, sondern um den Schutz der deutschen Jugend, um den Schutz des deutschen Herdes. (... Verspätetes Bravo rechts. Große Heiterkeit links.)

Abg. Pfeiffer (nat.-lib.). Ich würde es außerordentlich bedauern, wenn die Schwarzfahrer, die da meinen, aus der lex Heine würde doch nichts, recht bekämen. Der Antrag ist nur Flickwerk. Er enthält vier ganz verschiedene Materien, in denen die Bestimmungen teils förderlich, teils schädlich sind. Ich erlaube mir daher, an die Herren Antragsteller die Bitte zu stellen, daß die definitive Abstimmung über jede einzelne Materie allein vorgenommen wird. Schon bei der früheren Regierungsvorlage wurde die Befürchtung laut, daß die Bestimmungen über die Vernichtung von Wohnungen an Weibspersonen, die gewerbliche Unzucht treiben, nach ihrem Wortlaut zu der Kasernierung der Prostitution führen könnte. Mit der Einschränkung in dem Entwurf aber, daß die Vernichtung strafbar ist, wenn sich eine Ausbeutung des Erwerbs der Mieterin damit verbindet, können wir den Paragraphen annehmen. Der § 181a, der sich gegen das Zuhältertum richtet, scheint in der jetzigen Fassung zu genügen. Auch mit der Verschärfung der Strafbestimmungen gegen die schwere Kuppel können wir einverstanden sein. — Den anderen Paragraphen kann ich aber nicht so ohne weiteres zustimmen. So habe ich Bedenken gegen die Erhöhung der Altersgrenze. Die Bestimmung über Mißbrauch des Dienst- oder Arbeitsverhältnisses scheint in der vorliegenden Fassung durchaus unannehmbar. Zu was für einer Masse von Denunziationen, von Erpressungen würde dieser § 182a führen, ganz abgesehen davon, daß er schwer durchführbar ist. Wir legen damit geradezu den Arbeitgebern eine Schlinge um den Hals, die unerträglich wäre.

Ebenso können wir uns mit dem § 181, der sich mit der Literatur befaßt, nicht in dieser Form befremden. Was sollen wir z. B. mit der Bestimmung machen: „wer durch Anführung in Druckschriften unzüchtige Verbindungen einzuleiten sucht“? Der § 181a, der sich mit den öffentlichen Schaustellungen beschäftigt, die das Scham- und Sittlichkeitsgefühl verletzen, hat uns schon damals in der Kommission große Mühe bereitet. Scham- und Sittlichkeitsgefühl bedenken sich nicht. Das Sittlichkeitsgefühl ist doch etwas Individuelles; was den einen verletzt, darüber freut sich der andere und sagt: Mein Schamgefühl ist nicht verletzt! (Heiterkeit.) In verschiedenen Gegenden, bei verschiedenen Ständen ist dieses Gefühl ganz verschieden entwickelt, wessen Sittlichkeitsgefühl soll denn nun maßgebend sein? Wie ist es beim Theater? Wer entscheidet über die Unzüchtigkeit des Stüdes? Unter uns hier im Reichstage sind gewiß viele, die ruhig ein solches Stück sehen können, ohne Schaden an ihrer Sittlichkeit zu nehmen. (Große Heiterkeit.) Da muß schon der Polizei ein gewisser Spielraum eingeräumt werden. Ich beantrage, die Vorlage einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen. (Beifall links.)

Abg. Bebel (Soz.): Die Vorlage geht uns einestheils zu weit, dann aber wieder nicht weit genug. Es muß vor allem die Frage geprüft werden, ob nicht weitere Paragraphen des Strafgesetzbuchs revisionsbedürftig sind. Ich denke da vor allem an den § 175 (widernatürliche Unzucht). Wir müßten die Regierung in der Kommission ersuchen, uns das Material über Verhältnisse gegen diesen Paragraphen, das die Berliner Sittenpolizei besitzt, vorzulegen. Es ist ein gar großes Material. Die Polizei verfolgt die Schuldigen aber nicht strafrechtlich, sondern begnügt sich damit, die Namen derjenigen, die gegen den § 175 verstoßen, in eine Liste einzutragen. Die Zahl der eingetragenen Personen befreit sich allein in Berlin nach Tausenden und trifft alle Gesellschaftskreise, auch die höchsten Schichten. Wenn die Polizei ihre Pflicht hätte und alle diese Leute der Staatsanwaltschaft übergeben wollte, es müßten sofort zwei neue Gefängnisse gebaut werden. Herr von Zepow schüttelt den Kopf, er kann sich darauf verlassen, daß die Zahl nach Tausenden sich bemittelt. Würde die Polizei ihre Schuldigkeit thun, so würde es einen Skandal geben, gegen den der Panamaskandal, der Dreyfusskandal und der Lühnow-Bederkandall ein Kinderpiel gewesen sind. Wird aber der § 175 nur ausnahmsweise angewandt, so hebt man ihn doch auf oder ändert ihn ab. Dem Reichstag liegt eine dahin gehende Petition von mir und Kollegen anderer Parteien, von Schriftstellern, Gelehrten, Medizinern und Sachverständigen ersten Ranges (Heiterkeit) untergeschrieben, vor.

§ 180 handelt von der Strafbarkeit der Kuppel. Dabei giebt es natürlich viele Städte mit öffentlichen Häusern, in denen die Mädchen dudenweise gewerbmäßig Unzucht treiben. Diese Häuser werden von der Polizei gebildet. Ich nenne nur Hamburg, Lübeck, Bremen, Kiel, Magdeburg, Mühlhausen i. C., Stralsburg, i. C., Krefeld, Leipzig, Nürnberg. Die Polizei unterstellt hier die Kuppel, duldet die Kuppel. Leute, die der verworfensten Menschenklasse angehören und täglich gegen das Gesetz verstoßen, gehen doch straflos aus. Die Existenz der öffentlichen Häuser ist in der ganzen Stadt bekannt, die öffentliche Aufmerksamkeit wird fortwährend auf sie hingelenkt. Die Behörden dulden sie aber, gleichsam als wenn sie in den öffentlichen Häusern Stützen von Moral, Sittlichkeit und Ordnung erblickten. (Sehr gut, links.) In München ist ein solches Haus, wo der mir vorliegende Kontrakt ausweist, für 10800 Mk. verpachtet worden, während der reelle Mietwert kaum 1500 Mk. beträgt. Sie sehen also, wach ein umfangreiches Geschäft in solchen Häusern betrieben wird. Das duldet die Münchener Polizei, andererseits erlöst sie die strengsten Vorschriften gegen die Frauenzimmer auf den Straßen. In Straßburg wurde der Inhaber eines öffentlichen Hauses in Mägdezeit gezwungen, sein Gewerbe einzustellen. Er verkaufte das Haus an eine bestrafte Hebamme, die dann das schändliche Gewerbe fortsetzte. In Straßburg sind ehemalige Waisenhäuser, die in der Nähe von einer Elementarschule, der Klosterkirche und der Synagoge liegen, von der Stadtverwaltung an öffentliche Dirnen vermietet worden. Ich habe hier einen Plan von Hamburg, er zeigt die Gegend vom Klosterthor. Ganz in der Nähe der Klosterkirche liegen öffentliche Häuser und das Jungfrauenstift. (Heiterkeit.) Wenn die Anfassungen des Jungfrauenstifts aus dem Fenster sehen, können sie alles beobachten, was in den öffentlichen Häusern vorgeht. Und die Polizei duldet solche Zustände! Wenn es wahr wäre, was Abg. Schall behauptet, daß die Sozialdemokratie durch ihre Feindseligkeit gegen das Christentum die Unzüchtigkeit fördert, so möchte ich ihm bemerken, daß die öffentliche Unzüchtigkeit in demselben, wenn nicht in höherer Weise, existiert hat, als die Religion in viel höherer Weise stand als heute. Ich erinnere ihn an Mittelalter. Das Mittelalter mißte, wenn er Recht hätte, ja eine wahre Dase der Jugend und Sittlichkeit gewesen sein. Das war aber durchaus nicht der Fall. Ich erinnere ihn nur an die merkwürdige Auffassung von Sittlichkeit, die der Ritterstand hatte, ich erinnere ihn dann weiter an die laze Auffassung über die fürstlichen Doppeln, die Luther hatte. Der Herr Abg. Schall scheint an der historischen Lektion, die ich ihm schon einmal hielt, nicht genug zu haben. (Heiterkeit.) Ich könnte ihm mit weiteren Klagen aus Luther aufwarten, worin er sogar den Ehebruch der Ehefrau in bestimmten Fällen für statthaft erklärt. Wenn ein Sozialdemokrat das aus-

spräche, was im zweiten Bande des Lutherischen Traktates über das eheliche Leben auf S. 146 steht, er würde allgemeines Entsetzen erregen und vom Staatsanwalt wegen Verletzung der öffentlichen Sittlichkeit geacht werden.

Der Abg. Spahn hat darauf hingewiesen, daß die Zunahme der Ehescheidungen ein Zeichen der wachsenden Unzüchtigkeit sei. Ich halte die große Einseitigkeit, womit die Herren Abg. Spahn und Schall alle diese Dinge aus rein moralischen Ursachen ableiten, für durchaus falsch. Wir können die Zunahme der Ehescheidungen in allen Kulturstaaten beobachten, ohne Unterschied der Religion. Ich gebe zu, daß die Zahl der Ehescheidungen bei den germanischen Völkern in England und Nordamerika besonders hoch ist, aber die Vermehrung der Ehescheidungen finden wir überall, und wenn in Belgien und Italien die Zahlen etwas zurückbleiben, so liegt dies daran, daß dort das Kontinuität in wachsendem Maße an Stelle der Ehe tritt. Die Ursachen der vermehrten Ehescheidung sind ökonomischer Natur. Sie ist die Ehescheidung so sehr Gegenstand des Geschäfts und der Schanderei gewesen, wie gerade jetzt. Mit Ausnahme der sozialdemokratischen Presse und wenigen anderen Blättern giebt es keine größere Zeitung, wo nicht Angebote von Ehescheidungen aus lediglich materiellen Ursachen zu treffen sind. In den Sonntagsnummern des Berliner Volksanzeigers findet man häufig hundertundfünfzig solcher Deiratsangebote. Es ist zweifellos, daß viele Ehen lediglich aus materiellen Interessen und Standesrücksichten geschlossen werden, und es ist ebenso zweifellos, daß in solchen Ehen Differenzen eintreten müssen, die das eheliche Zusammenleben schließlich unmöglich machen. Ich betrachte in solchen Fällen die Ehescheidung nicht als einen Uebelstand, sondern als einen Vorteil, weil sie einem unmoralischen Zustande ein Ende macht.

Auf der einen Seite treffen wir auf Vermehrung der Ehescheidungen, auf der anderen Seite sehen wir, daß die Neigung, sich überhaupt zu verheiraten, die Ehelust immer mehr abnimmt. Die Männer der höheren Gesellschaftsklassen entschließen sich entweder sehr spät zur Ehe, wenn sie das Leben, wie man so sagt, gründlich genossen haben und Ehekrüppel geworden sind, oder sie heiraten überhaupt nicht. Würde die Statistik der Ehescheidungen nach den beteiligten Ständen zerlegt werden, so würde sich ergeben, daß nicht die Arbeiterklasse, sondern die sog. höheren Klassen die größte Zahl der Ehescheidungen haben.

Diese Zustände tragen selbstverständlich zur Ausbreitung der Prostitution bei. Luther und der heilige Augustin haben sich über die natürlichen Ursachen hierfür deutlich genug ausgesprochen. Hier jammert man nun über die Zunahme der Prostituierten und möchte die armen Geschöpfe am liebsten in den Sumpf der Hölle bannen. Da möchte ich den Pastor Schall an das Wort Christi zur Sünderin erinnern: „Wer ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf sie!“ (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Prostituierten könnten wahrhaftig nicht einen Tag existieren, wenn es nicht Männer gäbe, die sie besuchen. (Sehr richtig!) Wenn besondere polizeiliche Maßregeln gegen die Prostituierten erforderlich sind, dann müssen sie auch auf die Männer ausgedehnt werden, die die Prostituierten besuchen. Das ist ein einfaches Gebot der Gerechtigkeit. (Sehr richtig!) Entweder muß also die Biffer § des § 181 des Str.-G.-B. gestrichen oder auch die Männer müssen denselben Maßregeln unterworfen werden, wie die armen Frauenzimmer. Die Machtvollkommenheit, die dieser Paragraph der Polizei über das ganze weibliche Geschlecht verleiht, muß notwendig zu den argsten Mißbräuchen führen. Die Polizeibeamten stehen weder gestift noch moralisch so hoch, daß sie den heiklen und verführerischen Aufgaben der Sittenpolizei immer gewachsen wären.

In den letzten Tagen haben in Berlin Frauenversammlungen stattgefunden, in denen gerade von sozialdemokratischer Seite gegen diese Exzesse protestiert wurde. Wir haben Fälle erlebt, wo Polizeibeamte ihre Macht mißbrauchten, um sich gegen unbescholtene Frauen in der größten Weise zu verhalten. Aber wenn diese gar keine Macht besitzen würden, dann könnte natürlich derselben sich nicht erziehen. Ich erinnere da an einen Fall, wo ein Mann auf der Straße ein anständiges Mädchen anfaßt und dann, als er energisch zurückgewiesen wird, der Polizei denunziert. Auf die bloße Angabe dieses Strolches hin wird das Mädchen arrethert, die Nacht hindurch eingesperrt, dann im grünen Wagen zur ärztlichen Untersuchung transportiert, der es sich auch unterziehen muß. Dann erst wird es, nachdem sich die Denunziation als gemeine Lüge erwiesen, entlassen. Dieser skandalöse Fall hat damals die Öffentlichkeit in hohem Maße erregt. Besser aber ist nichts geschehen. Ja, meine Herren, solche Fälle sind auch seiner Zeit in England vorgekommen; aber dort war das Reklutal ein wesentlich anderes: damals hat die gesamte englische Frauenwelt Versammlungen und Meetings veranstaltet, ein Schrei der Entrüstung durchhallte das ganze englische Volk, bis die Behörde sich gezwungen sah, dieser Art der Polizeibefugnisse ein Ende zu machen. Und das ist auch das einzige, was zu thun ist; denn diese Mißgewalt der Polizei hat gerade der Sittlichkeit stets mehr geschadet, als genützt. Man glaubt, diese Polizeimacht sei notwendig als Schutz gegen die Prostitution; dann müßte man konsequent zur Kasernierung der Prostitution gelangen; die Erfahrung hat aber gezeigt, daß überall, wo das Bordellwesen polizeilich gebildet ist, es mit den Krankheiten noch viel schlimmer bestellt ist; ich gebe zu, dieser Gegenstand unterliegt noch der wissenschaftlichen Kontroverse. Gut, glaubt man, durch diese polizeiliche Kontrolle etwas erreichen zu können, dann soll aber auch dasselbe für das andere Geschlecht gelten! Der jetzige Zustand schafft die Vogelfreiheit des weiblichen Geschlechts. Denken Sie noch an den anderen Fall, der Ihnen allen wohl bekannt ist: da hat ein Schuhmann ein anständiges Mädchen, das gerade seine Haushüte aufschleichen wollte, als Prostituierte fiktiv, es gezwungen, ihn nach einer Polizeiwache zu folgen, es in den dunklen Tiergarten verschleppt und ihn dort unzüchtige Anträge gemacht. Ja, auch das wäre doch unmöglich, wenn nicht der ungeheuerliche Zustand bestände, daß die Polizei jede Frau aufgreifen und als Prostituierte behandeln darf. Es ist so weit gekommen, daß jede anständige Frau, die nach 10 Uhr noch über die Straße geht, von der Polizei oder von den Männern als Beute ihre Willkür und ihrer Gewalt angehoben wird.

Meine Herren, wenn Sie der Prostitution wirklich zu Leibe gehen wollen, so geben Sie den Frauen dieselben politischen Rechte, wie Sie die Männer besitzen; dadurch schaffen Sie ihnen die Möglichkeit, sich günstiger Lebensbedingungen zu schaffen, dadurch entziehen Sie der Prostitution ihren Boden. Und dann, meine Herren, sorgen Sie für Arbeiterbeschäftigungen, erlassen Sie vor allem das Verbot der Heberarbeit, das der Ausbeutung ein Ziel setzt, erlassen Sie z. B. die Bestimmung, daß jedes, der eine Heberstunde verlangt, so jense 25 Prozent Lohnzuschlag zu geben hat. Dadurch wird die Heberarbeit wohl ziemlich radikal beseitigt. Schaffen Sie diese Zustände, dann werden Hunderttausende von Arbeiterinnen es nicht mehr nötig haben, sich der Prostitution preiszugeben. Es ist in der That die bittere, elende Not, die die Mehrzahl von ihnen heute dazu treibt. Ja, der Herr Kollege Schall streift dies freilich ab, aber wir haben doch die Angaben der Statistik. Die Polizei kann ja nicht einmal über alle Prostituierte Auskunft geben, denn während die Zahl der eingeschriebenen Prostituierten in Berlin sich auf 5000 beläuft, befreit sich die Zahl der Frauen, die sich gewerbmäßig der Unzucht hingeben, nach dem Urteil der Sachverständigen auf allermindestens 50000! Fragte aber die Polizei nach den Ursachen, die diese Frauen zur Prostitution getrieben haben, dann würde man allerdings finden, daß die Mehrzahl vorher lange Zeit die allerärmste Not gelitten hat. Vor allem gehören hierher die Heberinnen, die nicht einen einzigen Groschen Lohn bekommen und daher auf das Trinkgeld der Männer angewiesen sind. Diese Heberinnen müssen in einer großen Zahl von Lokalen antizipieren, und nach Waggabe des Verzehrten bekommen sie dann Tantiemen und werden vom dem Wirt behalten oder entlassen.

Sorge man also dafür, daß vernünftige soziale Verhältnisse geschaffen werden, und wir werden in eine Gefühls- und Moralverhältnisse kommen, über die Sie sich wundern werden. Von den über 100 000 Arbeiterinnen verdient der größte Teil kaum 250 bis 300 Mark im Jahre. So lange sie Vater und Mutter haben und in der Familie leben können, da mag die Sache noch hingehen. In unzähligen Fällen sind sie aber ganz auf sich selbst angewiesen; was können sie da mit dem ärmlichen Lohn anfangen, mit 5, 6, 7 oder 8 Mark in der Woche? Und mit 8 Mark sind 90 Prozent von ihnen abgefunden, was sollen sie damit in Berlin machen, wie die Miete zahlen, Essen, Kleidung zc. zc. schaffen? Es wäre geradezu ein Wunder, wenn diese armen Wesen, die tagtäglich dem Hunger preisgegeben sind, der Versuchung widerstünden! Und wer sind denn ihre Verführer? Doch gerade die Männerwelt der angesehensten Klassen, vielfach die Offiziere, die Studenten! Sagen Sie nicht selbst eine Sittlichkeitskorrektur, daß die stillosen Anschauungen des weltwärts größten Teiles der Studentenschaft niedrig, ja geradezu verkommen seien! Freilich kommt es ja auch hier und da einmal vor, daß aus den höheren Kreisen eine höhere Tochter Prostituierte wird. Das sind aber Ausnahmen von der Regel. In vornehmen Kreisen hat man es jedoch leicht, die Nase zu rümpfen und die Tugend der Tochter zu wahren.

Bestimmungen, die sich auf das Kellnerinnenwesen beziehen, müssen klar und deutlich in dem Gesetzentwurf ausgesprochen werden. Mirgenb's ist die soziale und wirtschaftliche Abhängigkeit größer als gerade bei den Kellnerinnen. Die Mädchen werden mit Absicht in Schulen gestürzt. Es sind oft noch Kinder, die an Fäulnis und Glanz Freude haben; man borat ihnen solchen Fäulnis, Edelsteine, aber mit 300 bis 500 Prozent Verdienst, die müssen die armen Kinder dann abbezahlen. In der Heleneustrasse in Bremen müssen die schlechtesten Mädchen täglich 4 Mark für Miete und Unterhalt zahlen. Das sind skandalöse Zustände, da muß man mit der Strenge des Gesetzes Vorsehung treffen. Die Polizei hat freilich mit der Wahrung von Sittlichkeit und Religion gegen ihre Untergrabung von der Sozialdemokratie so viel zu thun, daß ihr für eine andere Bekämpfung gar keine Zeit bleibt. Da werden in Sachen Versammlungen auf hundertertei Weise schikaniert und unendlich gemacht, da wird ein Unglück am 1. Mai mit insgesamt 15 000 Mark Strafe belegt. Aber als 1894 auch in Dresden eine große Versammlung von Keglern, von denen keiner freilich Sozialdemokrat war, veranstaltet wurde, da durften diese Herren einen öffentlichen Umgang machen, sich in der ständlichsten Weise auf den Straßen, auf den Bahnhöfen mit öffentlichen Dingen, die extra zu diesem Feste nach Dresden in Scharen geströmt sind, herumtreiben, da hat die Polizei nichts dagegen! Es ist in der That ein ungeheures Maß von Heuchelei bei alledem, was hier als Schutz der Sittlichkeit und Moral ausgegeben wird.

Auch gegen eine Reihe von Einzelbestimmungen muß ich noch meine Bedenken ausdrücken. Ich muß mich doch vergewissern, daß der § 180, Absatz II (Verurteilung von Personen, die gewerbsmäßig Unzucht treiben), nach seinem Wortlaut nicht dazu führen kann, daß nun öffentliche Häuser in irgend einer Form konfiszieren werden. Auch der § 181, Abs. 2 (Schwere Heuchelei), bedürfte einer Aenderung. Es giebt eine große Zahl von Fällen, wo nach dem Wortlaut Stuppel vorliegt, während man im Volksbewusstsein anders denkt. Namentlich in Süddeutschland giebt es ganz andere Begriffe, wo der geschlechtliche Verkehr junger Leute vor ihrer Verheiratung als ganz selbstverständlich angesehen wird, wo sich die Eltern wundern würden, wenn es nicht geschähe. Es wird zwar nicht leicht sein, eine passende Bestimmung zu finden; aber es ist durchaus notwendig. Was den § 181a anlangt, der sich gegen die Zuhälter richtet, so halte ich die Vorbestimmung für viel vollkommenere Subjekte als die Zuhälter. Ich gebe alles zu, was gegen die Zuhälter gesagt wird, aber es ist doch unbestreitbar, daß solche alleinstehende Mädchen ein gewisses moralisches Bedürfnis nach einer männlichen Stütze haben. Gewiß soll der Ehemann bestraft werden, wenn er weichen ist, daß er die Heirat nur geschlossen hat, um Zuhälterdienste zu verrichten. Aber es giebt Fälle, wo die Prostitution der Frau das letzte Mittel ist, der materiellen Not in der Familie zu gebieten, sei es, daß der Mann arbeitslos oder krank ist. In solchen Fällen kann die Strafe des § 181a nicht Maß greifen. Ich räume mich eines Falles, es war in den Tagen des Ehejubiläums Kaiser Friedrichs, wie eine bis dahin für anständig geltende Familie freiwillig in den Tod ging, weil es herauskam, daß sich die Frau aus Not prostituiert hatte, von einem Schuttmann auf der Straße attrappiert worden war und unter polizeiliche Kontrolle gestellt werden sollte. Solche Fälle müssen in Rechnung gezogen werden.

Anderes steht es mit dem § 182a, der von der unsittlichen Ausbeutung des Dienstverhältnisses handelt. Ich lasse aber die Form der Fassung mit mir reden; die Tendenz ist eine gute. Der Paragraph trifft ein Uebel, das beseitigt werden muß. Im Berliner Hilfsverein für weibliche Angestellte existiert eine schwarze Liste von Arbeitgebern, die sich Unsittlichkeiten gegen Untergebene haben zu Schulden kommen lassen und denen keine weiblichen Arbeitskräfte vom Verein mehr zugesandt werden. Das beweist doch, daß ein gesetzgeberisches Eingreifen notwendig ist. § 189 will auch die Hersteller von unzähligen Schriften bestrafen. Sind damit etwa die Arbeiter gemeint, die in einer Zwangslage dem Unternehmer gegenüber sind? Sollen unter die unsittlichen Druckschriften auch die berühmten Heiratsannoncen fallen? Ich glaube, dieser Antrag schließt weit über das Ziel hinaus.

Auf eine ganz gefährliche Bahn geraten Sie aber mit dem § 184a. Jedes Gericht, in jeder Stadt wird man ihn verschieden auslegen. Eine Photographie, die in Berlin für ganz unanständig gehalten wird, wird in Schönberg als unsittlich verboten werden können. Unter den § 184a würden auch die Figuren auf der Schloßbrücke fallen. (Sehr richtig! im Centrum.) Die Venus von Milo, in jedem Museum ein großes Kunstwerk, könnte als Photographie in einem Schaufenster das Schamgefühl verletzen. Der Stuhl, auf dem unser Herr Präsident sitzt (große Heiterkeit), mit der kunstvoll geschmückten nackten Thematik, die Figuren vor unseren inneren Eingängen könnten der Polizei dann Veranlassung zum Einschreiten geben. Der § 184a würde ganz ungeheuerliche Zustände zur Folge haben. Die Kommissionsberatung ist unumgänglich notwendig, bei der Spezialberatung werden noch andere Dinge erörtert werden müssen, namentlich wird für die Herbeischaffung des Materials des Berliner Polizeipräsidiums über den § 175 gefordert werden müssen.

Wie sicher sich die Leute fühlen, die in öffentlichen Häusern strafflos Stuppel treiben, dafür nur noch ein Beispiel. Vor mir habe ich hier ein Schreiben eines Mannes, das er an sämtliche Vorbestellter gerichtet hat und in dem er ihnen die Gründung eines Fachorgans vorschlägt. (Große Heiterkeit.) Es heißt in dem Circular: Jeder Stand, jeder Beruf hat sein Fachorgan. (Heiterkeit.) Als Zweck wird angegeben: Hebung des Gewerbes (große Heiterkeit), Förderung der Berufsinteressen (Heiterkeit), Mittel gegen beinträchtigende Maßnahmen der Polizei. Die Vorbestellter werden angefragt, ob sie nicht eine Beitragsleistung für das Organ zeichnen wollen, das bei der Internationalität des Gewerbes bald zu einem transnationalen Organ ersten Ranges werden dürfte. (Große Heiterkeit.) In der Kommission werde ich Ihnen noch mit ganz anderem Material dienen können. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Fürst Radziwill (Pole): Die Begriffe des Weberauflebens der lex Heine mit großer Freude. Dem Abg. Webel stimme ich in vielfacher Beziehung zu. Die religiöse Seite hat er nur falsch beurteilt. Wenn er darauf hingewiesen hat, daß in romanischen Ländern die Unsittlichkeit größer sei, so irrt er. Lassen Sie mich Ihnen eine Anekdote erzählen. Im Jahre 1867 war ich in Rom. Ich stand mit zwei französischen Soldaten vor einem Monument und geriet mit ihnen in ein Gespräch. Ich fragte sie, wie es ihnen hier gefiele. Ah, meinten sie, Rom ist eine langweilige Stadt, hier hat der Merus die ganzen Mädchen in der Hand, da bleibt für uns nicht viel übrig. (Stürmische Heiterkeit.) Mißverstehen Sie mich doch nicht! (Erneute Heiterkeit.)

Die Exemplifikationen Webel's sind also sehr zum gravo solis anzunehmen. Tugend und Laster gehen in allen Ständen nebeneinander her, und es ist nicht Zeit damit zu verlieren, sich gegenseitig Vorhaltungen zu machen. Wohl aber müssen wir verlangen, daß die Gesetzgebung von sittlichen Momenten ausgeht, daß sie nicht mit verführerischen Armen dem Uebel gegenübersteht und so mit verantwortlich wird. Wir haben es in der früheren Kommission für die lex Heine lebhaft bedauert, daß die verbündeten Regierungen eine zweideutige Stellung zum Vorbellwesen einnehmen. Die Angriffe Webel's gegen die Toleranz, die die Polizeiverwaltungen vieler Städte gegen die Vorbelle üben, unterschreibe ich vollständig. Diese Toleranz schlägt jeder sittlichen Pflicht ins Gesicht. Auch darin gebe ich Webel recht, wenn er sagt, daß jedes Fremdenmädchen Fremdenbuben dat. Auch bei der Auswahl der Sittenpolizisten muß mit großer Vorsicht verfahren werden. Bedauerlich ist, daß schlimme Fälle von den höheren Regierungsorganen gebildet und verheimlicht werden.

Rebner spricht sich noch für eine moralische Censur der Kunstwerke aus, die um so unbedenklicher sei, als sie in den Händen gebildeter Männer, von Richtern liegen soll und bittet im übrigen um Annahme des Entwurfes.

Hierauf verlas sich das Haus.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der ersten Lesung der Novelle zur Civilprozeßordnung; Antrag des Abg. v. Salisch über die Eidesformel; Anträge Munkel (Centr.) und Lenjmann und Munkel (freil. Sp.) auf Wiedereinführung der Verurteilung in Strafsachen. Schluß 6 Uhr.

In der Budgetkommission des Reichstages wurde am 13. d. M. die Beratung des Extraordinariums des Reichsamts des Innern fortgesetzt und die gestern abgebrochene Verhandlung über die Forderung von 100 000 Mark zur Ausschmückung des Reichstagsgebäudes wieder aufgenommen. Abg. Dr. Hammacher (nat. lib.) hatte gestern beantragt, eine besondere Kommission aus fünf Reichstags- und drei Bundesratsmitgliedern zu bilden und ihr die Durchführung dieser Aufgabe zu übertragen. Abg. Dr. Müller-Sagan (freil. Sp.) wünscht, daß vor allem der Zweck des Gebäudes, der Arbeit zu dienen, mehr berücksichtigt werde. Die geforderten 100 000 Mark seien abzusehen, bis die Frage des Besitzrechts des Gebäudes völlig klar gestellt sei. Staatssekretär Graf Posadowsky glaubt, daß es keine Kommission, wie sie auch immer zusammengefaßt werde, allen Mitgliedern des Reichstages recht machen werde. Er habe übrigens nach den gestrigen Verhandlungen der Budgetkommission sofort die weitere Ausführung betr. die Ausschmückung des Reichstagsgebäudes silitieren lassen, bis ein bestimmter Beschluß vorliegt. Abg. Prinz Arenberg (Centr.) weist darauf hin, daß das Plenum des Reichstages sich bisher zu wenig um die Ausschmückung des Gebäudes gekümmert habe. Abg. v. Kardorff (Centr.) ist der Meinung, daß die bisherige Baukommission, deren Mitglied er sei, ihrer Aufgabe durchaus genügt habe. Abg. Graf Noon (kons.) ist dafür, daß die geforderten 100 000 Mark zunächst abgesetzt werden, bis die Frage geklärt sei. Abg. Dr. Hammacher (nat. lib.): Habe die Baukommission aufgehört zu existieren, so seien noch 300 000 Mark übrig, was deutlich im Etat zum Ausdruck kommen müsse. Es erscheine also vollständig, wenn eine Million gefordert werde, ohne daß die Regierung aus einem bestimmten Plan vorlege, nach dem die Ausschmückung erfolgen solle. Die Baukommission sei zu stark an Mitgliederzahl, sie sei fast ein kleines Parlament gewesen. Abg. Dr. Lieber (Centr.) erinnert daran, daß in der Pause zwischen den einzelnen Sessionen der Präsident den Reichstag auch in privatrechtlicher Beziehung vertritt. Im übrigen dürfe durch die Resolution Hammacher der Beschluß von 1896 nicht umgestoßen werden. Staatssekretär Graf Posadowsky: Die 100 000 Mark seien auf Grund der eingereichten 13 Projekte eingestellt worden. Das Reichsamt des Innern sei durchaus an die Beschlüsse der zukünftigen Kommission des Reichstages gebunden. Dadurch dürften alle staatsrechtlichen Zweifel beseitigt sein. Bei der Abstimmung wird die Resolution Hammacher einstimmig angenommen mit der von Graf Arnim beantragten Aenderung, daß nicht fünf, sondern sieben Mitglieder des Reichstages und dazu drei Regierungsveteren gewählt werden. Ein Vorschlag Hammacher's, auch Stellvertreter für etwa Abwesende zu bestellen, wird abgelehnt. Die geforderten 100 000 Mark werden darauf, entgegen dem Antrage Müller-Sagan, bewilligt. — Zur Errichtung eines Präsidialgebäudes für den Reichstag werden als zweite Rate 300 000 Mark gefordert. Die Position wird auf Vorschlag des Referenten Singer abgelehnt, bis der Plan und genauer Kostenanschlag vorliegt. Graf Posadowsky teilt mit, daß der Plan bis zum 1. März vorliegen werde. Zur Errichtung eines Dienstgebäudes für die Normal-Arbeits-Kommission wird die erste Rate in Höhe von 300 000 Mark (im ganzen 856 600 Mark) bewilligt, ebenso 25 000 Mark für Kosten der vom Gesundheitsamt vorzunehmenden Untersuchungen zur Erforschung der Maut- und Kleinfische und 300 000 Mark für Kosten der Beteiligung des Reiches an der Weltausstellung zu Paris im Jahre 1900. Bewilligt werden ferner die Ansätze von 200 000 Mark zur Beschaffung eines Saugbaggers, eine erste Rate von 25 000 Mark. Kosten einer Infallstatistik für das Jahr 1897 (Graf Posadowsky erwidert auf eine Anfrage, daß sich die Gesamtkosten noch nicht angeben lassen) und zur Ausrüstung einer Tiefsee-Expedition 300 000 Mark. Die Expedition soll Anfang August auslaufen, zwischen Schottland und den Heilands-Inseln in etwa 1000 Meter Tiefe mit der Untersuchung von Tiefsee-Organismen beginnen und sich alsdann über die Kanaren und Kapverden der westafrikanischen Küste zuwenden, woselbst in der Ermittlung der Mengen von organischer Substanz, die die großen Ströme dem Meere zuführen, in Untersuchungen über das Plankton und die Tiefsee-Fauna namentlich im Verhältnisse des kalten Benguelastromes wissenschaftlich bedeutungsvolle Aufgaben zu lösen sind. Von der Hauptstadt aus ist ein Vorstoß in südlicher Richtung zur Durchforschung der antarktischen Stromgebiete geplant, nachdem zuvor die Gebiete, in denen die kalten antarktischen mit den warmen indischen Strömungen zusammenstoßen, aufgesucht sein werden. Sodann würde sich die Expedition dem Indischen Ocean zuwenden, um endlich durch das Rote Meer und das Mittelmeer nach einer Abwesenheit von etwa neun Monaten in die Heimat zurückzuführen. Als Fahrzeug wird ein sechszehnter Handelsdampfer gearhertet werden. Die zu erwartende reiche Ausbeute soll durch Verteilung auf die verschiedenen wissenschaftlichen Anstalten der Gesamtheit der deutschen Naturforscher zugänglich gemacht werden.

Der Etat des Reichsamts des Innern ist damit erledigt. Die

nächste Sitzung der Budgetkommission ist auf Montag anberaumt, wo der Postetat zur Verhandlung kommt.

Die Kommission für das Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit hat am 13. Januar die zweite Lesung der Vorlage erledigt und im wesentlichen die Beschlüsse erster Lesung bestätigt. Die erfolgten Abänderungen sind meist technischer Art. Nach Erledigung des Gesetzes wurden folgende beiden Resolutionen fast einstimmig angenommen: „Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen: 1. das Kostenwesen in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit grundsätzlich einheitlich zu gestalten; 2. einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das Notariatswesen thunlichst einheitlich ordnet.“ Zum Berichterstatter für das Plenum wurde Abg. Wolfstein (Centr.) bestellt.

Aus dem Landtage.

r. Dresden, 13. Januar. In der 2. Kammer gab es heute eine lange, aber wenig interessante Lehrrede. Die Regierung hat bekanntlich einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Gehaltsverhältnisse der Volksschullehrer und die Bewährung von Staatsbeihilfen zu den Alterszulagen der Lehrer neu regelt. Demnach würde in Zukunft das Minimalgehalt eines ständigen Lehrers 1200 Mk., das Maximalgehalt, das mit dem 55. Lebensjahre erreicht wird, 2100 Mk. betragen. Für Gemeinden unter 25 Schulstellen soll der Staat sämtliche für Alterszulagen nötigen Kosten tragen, während Gemeinden über 25 Schulstellen — es sind das 29 Städte — zu den notwendigen Alterszulagen für die Lehrer durchweg 8500 Mk. aus Staatsmitteln jährlich bekommen sollen.

Ueber diesen Entwurf wurde heute beraten. Auf grundsätzliche Opposition stieß die Vorlage nicht. Die Rebner aller Parteien erklärten im allgemeinen ihr Einverständnis damit. Ueber einzelne Punkte herrschen aber in den Fraktionen selbst — die sozialdemokratische ausgenommen — Meinungsverschiedenheiten. Während z. B. der Abg. Hertwig im Namen der konservativen Fraktion erklärte, daß diese unbedingt für die Vorlage eintrete, wandte sich sein Parteigenosse, Bürgermeister Leopold-Dresden, scharf gegen den § 7, der die Alterszulagen betrifft. Die Städte bzw. die großen Städte fänden dabei zu schlecht weg. Das sei geeignet, einen Gegensatz zwischen Stadt und Land herbeizuführen. Es müsse deshalb ein für die größeren Gemeinden günstigerer Weg gefunden werden. Vollständige Meinungsverschiedenheiten scheinen auch bei den Nationalliberalen über die Sache zu herrschen. Fast jeder ihrer Rebner brachte andere Ansichten zu Tage. Am schärfsten legte der Abg. Georgi die im allgemeinen herrschende Ansicht seiner Fraktion dar. Er betonte hauptsächlich das finanzielle Moment. Die finanzielle Seite der Sache sei nicht in Einklang zu bringen mit der gegenwärtigen Finanzlage des Staates. Eine neue Belastung des Etats sei deshalb noch mehr bedenklich, weil man ja die dritte und vierte Einheit der Grundsteuer aufheben wolle. Ueberhaupt habe er die Erledigung der geplanten Steuerreform-gesetze für eine Vorbedingung des fraglichen Gesetzentwurfes. Für eine unbedingte Annahme könne er sich nicht erklären. Ähnlich sprach sich der Abg. Dr. Schill aus.

Ministerpräsident v. Seydewitz suchte die vorgebrachten Einwände ziemlich geschickt zu widerlegen. An einer Menge statistischen Materials verfuhr er vor allem nachzuweisen, daß es sich, wenn man einen Gegensatz zwischen Stadt und Land zu konstruieren versuche, in Wirklichkeit nach dieser Richtung hin nur um einen Akt ausgeglichener Gerechtigkeit handle. Er wies an der Hand der Steuerstatistik unter anderem auch auf die für die größeren Gemeinden ungenügenden Einkommensverhältnisse hin. Der Abg. Kluge brachte Bedenken gegen die aufgestellte Gehaltsstaffel zur Sprache. Er wünschte sie etwas günstiger für die Lehrer ausgestaltet.

Von Seiten der Sozialdemokraten sprach zunächst der Abg. Hofmann. Er wies vor allem darauf hin, daß jetzt auf einmal alle Parteien so lehrerfreundlich geworden seien. Vor zwei und vier Jahren habe man sich noch den dieselben Forderungen der Sozialdemokraten gegenüber gestraubt. Da hieß es, man habe kein Geld zu solchen Sachen; heute hat man mit wenig Ausnahmen diesen Standpunkt aufgegeben, und will die berechtigten Wünsche von Lehrer und Schule nicht mehr von der Finanzlage abhängig machen. Das sei erfreulich; das bahnbrechende Verdienst gebühre aber der Sozialdemokratie. Wir verlangen ja bekanntlich viel mehr auf diesem Gebiet, als in der Vorlage ausgedrückt ist. Mit der Einführung der Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts und der Beihilfen könnte man ein besseres Gefühl befestigen, manche Tränen der armen Leute gestillt werden. Unsere weitergehenden Wünsche in Bezug auf die Vorlage selbst gehen dahin, daß wir mit dem 21. Jahre des Lehrers diesem eine Zulage von 100 Mk. geben, und das Höchstgehalt, erreichbar mit dem 55. Jahre, auf 2400 Mk. festgesetzt wissen wollen.

Diese sachlichen Ausführungen gaben verschiedenen Rednern der anderen Parteien wieder die an den Haaren herbeigezogene Gelegenheit, zu behaupten, die Sozialdemokraten treten nur aus agitatorischen Gründen für die Lehrer ein. Abg. Dr. Streit meinte, daß die Sozialdemokraten viel zu spät kämen; die Liberalen seien stets lehrerfreundlich gewesen. Herr Dr. Mehnert bezeichnete mit seiner bekannten Grobheit die von Hofmann behauptete Initiative der Sozialdemokratie als eine „sozialdemokratische Mär“. Auch heute verlangten die Sozialdemokraten wieder wie immer, mehr, um dann draußen im Lande agitieren zu können. In Bezug auf die Thatsache, daß in der Vorlage das Land besser wegkomme, solle man doch auch das ideale Moment, z. B. die allgemeine Wehrpflicht, nicht außer Acht lassen. (Auf einen Ruf Fräßdorfs ruft der Präsident mit der gewohnten „Objektivität“ diesen zur Ordnung.)

In längeren Ausführungen geht Abg. Wolfstein nochmals auf die Stellung der Sozialdemokratie zur Entwicklung des Schulwesens in Sachsen ein. Aller Streit über die Dinge, die uns heute beschäftigen, wäre unnötig, wenn man unsere Anträge 1891 und 1895 angenommen hätte. Um den Dank der Lehrer kümmern wir uns nicht; der überaus große Teil steht uns ja auch selbstlich gegenüber. Wir stellen unsere Forderungen im Interesse der Kultur. Wenn Herr Mehnert hier als bedeutsames Moment zur Beurteilung die Wehrpflicht anführt, wo sind Sie denn damit geblieben, als man das Wahlrecht verschlechterte? Da wollte man das nicht gelten lassen. Der Liberalismus hat immer nur versprochen, niemals etwas gehalten.

Morgen wird die Interpellation May und Genossen beraten werden.

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen!
Seid unausgeseht thätig für die Werbung neuer Abonnenten!

Inventur-Räumungs-Verkauf - Conrad Grau
Verkauf zu ausserordentlich billigen Preisen.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Es wird immer schöner! In Groitzsch streiken die Schuhmacher, da dürfen sich in Pegau die Berufskollegen der Streikenden nicht versammeln, weil durch eine solche Versammlung die Ruhe und Ordnung der Schuhmacherestadt Pegau gefährdet werden könnte.

In Rücksicht auf die in der Nachbarstadt Groitzsch infolge des Arbeitsausstandes in der Schuhfabrik V. Göhe und E. Fischer vorgelommenen Ausschreitungen und die dadurch gefährdete öffentliche Sicherheit erscheint die von R. F. . . . heute angemeldete öffentliche Schuhmacherverversammlung am 11. Januar 1898 abends 7/9 Uhr in Demmanns Restaurant mit der Tagesordnung:

- 1. Der Ausstand bei der Firma Göhe u. Fischer in Groitzsch;
2. Diskussion zu Punkt 1
geeignet, die bestehende öffentliche Ordnung auch in Pegau zu gefährden.

Die angeforderte öffentliche Schuhmacherverversammlung wird daher hiermit auf Grund des § 12 des sächsischen Vereins- und Versammlungsgesetzes vom 22. November 1850 verboten.

Der Stadtrat, J. W.: Julius Schumann. In Groitzsch hat zwar der Stadtrat zur Aufrechterhaltung der Ordnung eine Polizeiverordnung erlassen, nach der das Stehenbleiben auf Straßen und Plätzen und das Aufhalten unter den Hausdächern verboten ist, aber die Ausländer können sich gleichwohl zur Besprechung ihrer Angelegenheiten versammeln, und man hat noch nicht gehört, daß der Stadtrat aus Sorge um die Sicherheit der ihm anvertrauten Stadt eine solche Versammlung der Streikenden verboten hätte.

Aus der Eigenartigkeit der Begründung aber ist ersichtlich, daß untere Behörden ungewillig sind in der Auffindung neuer Verbotgründe.

Dresden, 13. Januar. Eine Parteiversammlung, die nach kaum halbständiger Dauer ihr Ende erreichte, beschloß sich mit der Landeskonferenz und wählte die Genossen Stelzner, Sindermann und Urner zu Delegierten. Folgender Antrag gelangte zur Annahme: „Die Landeskonferenz wolle beschließen: Mit den Parteizeitungen Sachsens ist ein Abkommen dahin zu treffen, daß am 1. Januar eines jeden Jahres ein für sächsische Verhältnisse passender Almanach herausgegeben und den Parteizeitungen gratis beigegeben wird.“

Zur Vermählung von etwa 2 Millionen hat die letzte Tage in Bern verstorbenen Frau Verzet-Müller, aus Dresden gebürtig, der Eidgenossenschaft und der Stadt Dresden zu gleichen Teilen vermacht. Die Stadt Dresden wird zur Errichtung einer Mädchenerziehungsanstalt nach dem Muster einer bereits in Bern bestehenden verpflichtet, während die Eidgenossenschaft zur Schaffung eines Heims für Lehrer und Lehrerinnen mit 20 Dienstjahren verpflichtet wird.

Fräulein Erika Wedekind ist, wie berichtet wird, auf eine Reihe von Jahren für die Hofoper bei 25000 Mk. Lohngeld verpflichtet worden. Von der Anstellung ihres Bräutigams verlautet nichts. Wahrscheinlich ist aber auch diese Kleinigkeit in Ordnung gebracht.

Dichtenstein-Gallenberg, 13. Januar. Am letzten Sonntag wurde hier eine Parteiversammlung für den 17. Reichstagswahlkreis abgehalten, in der Genosse Auer über die gegenwärtige Lage und den Reichstag sprach. Eine Diskussion fand nicht statt. Genosse Schmalfuß-Glauchau wurde zum Kreisvertrauensmann wiedergewählt. Als Delegierte zur Landeskonferenz wurden die Genossen Hüner-Johndorf und Vogel-Hohenstein gewählt. Zu diesem Punkte wurde noch ein Antrag angenommen, die Landeskonferenz in Leipzig solle beschließen, daß die sächsischen Genossen allerorts bei ihren Wahlbesuchern

Anfrage halten, ob sie bei der bevorstehenden Reichstagswahl ihre Lokale uns zu Vermählungen zur Verfügung stellen. Diese Anfrage soll schriftlich gestellt und schriftlich Antwort verlangt werden. Sämtliches Material solle nach der Wahl in einer Broschüre abgefaßt werden. Die Diskussion über die Anschläge der Konserwativen im Landtage gegen das Vereinsgesetz führte zur Annahme einer Protestresolution. Es wurde dann noch über die Presse verhandelt, wobei ein Antrag angenommen wurde, dem Redakteur des Beobachters möge vom Verleger ein zweiter Redakteur zur Seite gestellt werden, um den jetzigen Redakteur zu entlasten und das Parteiblatt mehr auszugestalten.

Großenhain, 12. Januar. Gestern abend fand hier eine gutbesuchte öffentliche Parteiversammlung statt. Nach einem sehr beifällig aufgenommenen Referat des Genossen Fleischer-Dresden über „die Programme der verschiedenen Parteien“ wurde als Delegierter zur Landeskonferenz Genosse Fischers gewählt. Außerdem wurden verschiedene Wünsche in Bezug auf die Presse geäußert, und Genosse Fleischer ersucht, sie der Pressekommmission in Dresden zur Berücksichtigung zu übermitteln.

Hohenstein-Ernstthal, 12. Januar. Hier referierte in einer öffentlichen Parteiversammlung Genosse J. Auer in glänzender Rede über die politische Lage und den deutschen Reichstag und erntete stürmischen Beifall. Es wurden in derselben Versammlung zu Vertrauenspersonen gewählt für Hohenstein-Ernstthal Gen. Vogel, für Oberlungwitz Gen. S. Böbel und für Gerzdorf Gen. Fr. Meyner.

Schneeberg, 13. Januar. Eine gut besuchte Parteiversammlung wählte Gen. Gottschalk zum Vertrauensmann des Wahlkreises und zu Delegierten zur Landeskonferenz in Leipzig die Genossen Paul Müller-Aue und Gottschalk-Böhmig. Gen. Julius Seifert-Zwickau, der gegenwärtige Vertreter des Kreises, wird auch für die nächste Reichstagswahl wieder zum Kandidaten nominiert. Auf der Versammlung waren vertreten: Aue, Schneeberg, Bschorlau, Griebach, Thalheim, Neustädtel, Ober- und Niederschlema, Delsnitz i. Erzgeb., Niederzwickau, Zwönitz, Ober- und Niederhain, Rosenthal, Bielau, Böhmig, Tannenberg und Hermannsdorf. Es wurde bebauert, daß eine Anzahl Orte trotz der wichtigen, die Angelegenheiten des Kreises betreffenden Tagesordnung durch Abwesenheit glänzten.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Der Bezirksauschuss Zwickau hat beschlossen, für Ermittlung von Vogelstellern Prämien bis zu 80 Mk. aus Bezirksmitteln zu gewähren. Gestern vor-mittag wurde in Meerane ein angesehener Bürger wegen Sittlichkeitsvergehens in Haft genommen. Warum verschweigt man den Namen dieses angesehenen Bürgers? In Meerane werden im Laufe dieses Jahres der sächsische Gastwirtsverband und der Verein der sächsischen Gemeindebeamten tagen. Zu einem Jahre Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust wurde der Handarbeiter Böhm aus Treuen verurteilt, weil er im November v. J. an der Herabsetzung der Strafe vorläufig drei Kirschkäuze um-gelassen hatte. Der bereits vorbestrafte Elgarrenmacher Seifert aus Niederschlema, der vorübergehend im Gasthaus zum Deutschen Hause in Döbernhau wohnt, sollte wegen einer gegen ihn erstatteten Anzeige vom Genbarm Brettschneider vernommen werden. Als er von seinem Zimmer herunter stieg und unten angekommen war, schoß er mit einem versteckt gehaltenen Revolver auf Brettschneider, der glücklicherweise unverletzt blieb. Der rabiate Mensch konnte nur mit Mühe überwältigt und in das Amtsgerichts-gelängnis überführt werden. Im Besitz Seiferts befand sich noch ein zweiter geladener Revolver.

Erfurt, 12. Januar. Die Nachricht, daß das gegen den Stadtverordneten Kilian anhängig gemachte Verfahren wegen Sittlichkeitsvergehens eingestellt worden sei, befreit sich nicht. Wie die Tribüne von der Frau des früheren Polizeiregimenten Holzhaus, gegen die sich R. in seiner Eigenschaft als Armenpfleger verfahren hat, erzählt, ist dieser auf Befragen bei der Staatsanwaltschaft mitgeteilt worden, daß die Angelegenheit ihren Fortgang nimmt. Die Tribüne spricht darüber ihre Befriedigung aus, denn es könne nicht scharf genug gepeinigt werden, wenn ein Vertreter der Stadt sein Amt zur Befriedigung un-lauterer Gelüste ausnütze.

Soziale Rundschau.

Deffau, 11. Januar. Eine öffentliche Bäcker-versammlung, in der über die Forderungen der Innungen gegen den Maximalarbeitslohn verhandelt werden sollte, mußte polizeilich aufgelöst werden. Die Herren Innungsmeister machten einen Höllenlärm, als der Referent die verschiedenen Krebschäden im

Bäckergewerbe aufzählte, wonach u. a. im Witzburger Gewerbe-inspektionsbezirk konstatiert wurde, daß sogar mit Krätze be-fallene Bäcker noch in Arbeit standen. So werden Stützen der Ordnung zu Störern der Ordnung, wenn sie unangenehme Wahrheiten zu hören bekommen.

In Bernburg haben sämtliche Korbmacher der Firma Calm u. Ahlfeld wegen bedeutender Lohnverkürzungen die Arbeit niedergelegt.

München-Pasinger Schuhmachere streik. Die Münchener Schuhfabrikanten, die dem Ring angehören, drohen ihren Arbeitern an, daß sie ihnen am 22. Januar kündigen werden. „Im Fall die Arbeiter nicht dazu beitragen, daß die Lohnunterschiede in Bezug auf die Hilfsarbeiter zur Zwischmaschine raschest beseitigt werden“, wie es im schönsten lebernen Fabrikantendeutsch wörtlich heißt.

In Bochum beschloßen die Buchdrucker, das Gewerkschaftsstatut nicht mehr durch Delegierte zu beschicken. Der Beschluß wurde in einer Versammlung gefaßt, in der von den 100 Bochumer Buchdruckern im ganzen acht Mann erschienen waren.

In Jugemburg ist ein Sechsstreik ausgebrochen. Die Secher verlangen neunstündige Arbeitszeit und 5 Franken Lohn.

Budapest, 14. Januar. Offiziös wird gemeldet: „In Alföld, dem ungarischen Tieflande, nimmt die agrar-sozialistische Bewegung immer bedenklichere Dimensionen an. Aus vielen Orten werden Exzesse und Plünderungen gemeldet. Die Behörde ist außer Stande, der Bewegung Herr zu werden.“ Diese Jugdepeche zeigt, wie es in Alföld gärt. Dort ist die von Grund aus sozialistische Landarbeiter-schaft trotz aller magyarischen Brutalitäten organisiert und kämpft für ihre Sache mit christlichen Mitteln. Die Intelligenz aber verleumdet sie, um nachher schießen und stechen zu können.

Th. K. London, 12. Januar. (Von einem Mitgliede der Maschinenbauergewerkschaft.) An Unterfränkungen sind eingegangen: am 9. Januar 1800 Pfd. Sterl., am 10. Januar 750 Pfd. Sterl., am 11. Januar 408 Pfd. Sterl.

Die Mitgliederzahl der vereinigten Gesellschaft der Maschinenbauer betrug 1897: 91 944 gegen 85 000 im Vorjahre. Weitere Ausperrungen wurden vorgenommen in Wigan, Rochdale, Sheffield, Stockton und Wolverhampton. Die Ausperrungen betreffen ungefähr 1700 Mann. Die Fabrikanten versuchen nun das Ansehen. Es ist wohl als unerhörte Niedertracht anzusehen, wenn Leute in der Provinz ohne allen Grund auf die Straße gesetzt werden, nur weil dieselben die Streikenden unterstützen haben. Aber dem Kapital ist kein Streich zu gemein, wenn damit nur der Zweck erfüllt wird. Ob dieser auch diesmal erfüllt wird, steht in Frage; denn mit jedem Streich machen sich die Fabrikanten mehr verhasst, und die Sympathie für die Ausständigen wächst. Die Arbeiter selbst befinden sich im besten Geiste für die Sache und es giebt keinen, der den Kampf bis jetzt aufgegeben hat. Die englische Admiralität hat 5 Torpedobootzerstörer bei Privatfirmen bestellt, die schon wieder ihre Leute zur Arbeit angenommen haben.

Auch die Königl. Dockyard in Wales stellt 50 Mann mehr ein, jedoch nur Verbandsmitglieder. (Bekanntlich arbeiten die Regierungswerkstätten alle 8 Stunden.)

In Leeds kamen letzten Montag 20 Mann von der Freien Arbeitervereinigung (à la Dirsch-Dunder), die am Bahnhof mit Drohreden und unter Polizeibewachung abgeholt wurden, aber trotzdem gelangten nur 9 Mann zur Arbeit. Auch sind in letzter Woche wieder 5 Mann aus Deutschland hier angekommen, angeblich aus Frankfurt a. M. und Hannover. Es ist trotz allem Bemühen nicht gelungen, sie fernzuhalten, ebenso hat man ihre Namen nicht erfahren können. Es wurde ihnen sogar angeboten, die Rückfahrt für sie zu bezahlen, aber alles vergebens. Was den tapferen Helden nun bevorsteht, werden sie sehr bald erfahren. Es ist dringend vor Bezug zu warnen.

Dr. Barnes erklärte in einer Versammlung zu Esnoutour: „Der Stein sei ins Rollen gekommen und könne nur durch Bewältigung der 8 Stunden aufgehoben werden.“

Dr. Furness-York, Mitglied des Unternehmerverbandes, der sich zu einer Ersatzwahl als liberaler Kandidat aufstellen ließ, hat die günstigsten Aussichten, durchzufallen.

Die Mitglieder der Maschinenbauernunion werden jetzt jede Woche einen Tagelohn zur Unterstützung bezahlen müssen, wenn noch weitere Ausperrungen folgen.

Es sind in letzter Woche wieder bedeutende Beiträge aus Deutschland eingetroffen.

Kleine Chronik.

Leipzig, 14. Januar.

Neues Theater. „Weh dem, der Lügt!“ sagt der edle Bischof Gregor von Chalons zu seinem Nichtenjungen Leon, der an den Rhein reisen will, um den abernen Neffen seines frommen Oheims aus den rohen Händen der heidnischen Nachbarn zu befreien. Einen ungeschickteren Rat hat wohl noch kein Herr seinem Anrecht erteilt, und ange alles mit rechten Dingen zu, so milchten wir schon im zweiten Akt den Neffen und den Koch mit abgeschlagenen Köpfen erblicken. Aber der liebe Gott und Grillparzer haben es anders beschlossen. Sie wollen, daß die Wahrheit über die Lüge triumphiere. Und siehe da! Der dumme Neffe wird wider seinen Willen vom wahrhaftigen Koch befreit. Man stiehlt zwar den Schlüssel zum Hofthor unter dem Kopfkissen des Rheingrafen weg und untergräbt die Pfosten der Brücke, die zum Hause Kattwaibs führt. Aber man gesteht, wenn man erwischt wird, alles ein und giebt den Schlüssel wieder zurück. Was kann man dafür, daß der liebe Gott es durch einen nettschen Zufall so hübsch einrichtet, daß man dem Grafen einen falschen Schlüssel übers Bett hängt, während der rechte plötzlich im Hofthor steckt? Sollte man diese günstige Gelegenheit zur Flucht nicht benutzen? Es ist ja niemand da, der einen fragt, wohin man spazieren will. Also braucht man auch nicht zu lügen! Nun ist man glücklich draußen und den Verfolgern entronnen. Da stößt man an einen See, an dessen anderem Ufer das erschente Land der Franken winkt. Der Fährmann, ein Unterthan des Rheingrafen, soll die Flüchtlinge übersehen. Schon haben sie sich bei ihm durch das Lösungswort, das ihnen des Rheingrafen verliebtes Töchterlein verraten hat, als Schützlinge Kattwaibs legitimiert, da bekommt der philosophische Koch plötzlich wieder einen Moralschneid und sagt im letzten Augenblicke dem wärrischen Grawpfort die volle Wahrheit. Und siehe da! Der liebe Gott und Grillparzer haben wieder dafür gesorgt, daß auch diese Dummheit dem wackeren Koch zum Besten dient und die Tugenden ihren Lohn erhält. Wie ist das möglich? Ganz einfach. Der Fährmann ist von Kattwaib so schlecht behandelt worden, daß er ihm und seiner ganzen Sippe den Tod geschworen hat. Hätte ihn also der Koch in dem Glauben gelassen, daß sie Kattwaibs Leute seien, so wäre ihnen die Fahrt über den See sehr schlecht bekommen. Nun aber werden sie gerade durch ihre Wahrhaftigkeit gerettet! Ist das nicht rührend? Aber es kommt noch besser. Im fünften

Akt werden die Flüchtlinge unmittelbar vor den Thoren von Metz von den Verfolgern erlitt. Nun scheint alles verloren. Denn im Metz wohnten gestern noch die heidnischen Bundesgenossen Kattwaibs, und so ist der wacker Koch mit dem Bischofsneffen und dem Grafentöchterlein in eine furchtbare Zwangslage geraten. Aber er weiß sich auch da zu helfen. Er fällt einfach auf die Knie nieder und verlangt vom lieben Gott recht beschneiden, daß er jetzt ein kleines Wunder thue. Und der liebe Gott und Grillparzer erfüllen seinen Wunsch auf der Stelle. In der Stadt beginnen plötzlich Glocken zu läuten, und wie sich die Thore öffnen, kommt zum Entsetzen Kattwaibs und seiner Begleiter eine christliche Prozession herausgewallt, an ihrer Spitze der fromme Bischof Gregor, der natürlich nichts Eiligeres zu thun hat, als seinen Neffen zu umarmen und das Grafentöchterlein mit dem Koch zu vernählen. Die Stadt ist natürlich über Nacht von den christlichen Franken eingenommen worden, damit die Moral des alten Bischof recht behalte.

Dies ist in aller Kürze der Inhalt des vielgerühmten Grillparzer'schen Lustspiels. Ich begreife nicht, daß gelehrte Leute, wie Laube, das durch und durch verfehlt Stück ernst nehmen konnten. Seit wann ist denn die Komödie dazu da, um irgend einen moralischen Gemeinplatz aus dem Katechismus in einer Bühnenhandlung zu veranschaulichen? Und dazu noch durch lauter Zufälligkeiten und Wunder, an die man einfach glauben muß, weil es dem Herrn Dichter beliebt, sie uns vorzuführen! Und eine solche Weltanschauung predigt ein Dichter, der im 19. Jahrhundert lebte und sich so gern als Kollegen unserer großen Klassiker betrachtete! Wenn etwas uns den vernünftigen Geist des dichtenden Wiener Bureaukraten in seiner ganzen Herrlichkeit offenbart, so ist es Weh dem, der Lügt! Man kapudelt eben nicht ungestraft vor den Großen dieser Erde und schreibt beißende Epigramme gegen die Freuden der Volkstheater.

Trotz alledem bin ich der Direction dankbar, daß sie uns dieses feltamen Gewächs Grillparzer'scher Poesie vorsetzte. Denn die Possen-scenen des zweiten und dritten Aktes mit ihrer derben Situationskomik — der fränkliche Koch und der gefräßige Rheingraf, der Schlüssel- diebstahl, die Figur des bößwärtigen Bräutigams — sind sehr ergötzlich und lassen uns die langweilige Moral und die zahlreichen philosophischen Gemeinplätze, von denen auch dieses Grillparzer'sche Stück wimmelt, völlig vergessen.

Die Inszenierung des Lustspiels war glänzend. Herr Adler stellte erquickende Bühnenbilder und wußte den Zuschauer durch

fortwährenden Augenschaum über manche Langweiligkeiten der Grillparzer'schen Sätzenprosa hinwegzutäuschen. Meisterhaft war die Kneipscene des dritten Aktes eingerichtet; das Gebrüll der trunkenen Becher im Hintergrunde war ein Stück unverfälschtes Germanentum. Und die Projektion im fünften Akte veranschaulicht die katholische Tendenz des wunderlichen Stückes sehr ergreifend.

Von den Darstellern ist in erster Linie Herr Feistel zu nennen, der die Rolle des vielseitigen Nichtenjungen zu spielen hatte. Sein Leon war fromm, klug, tugendhaft, listig und von philosophisch-theologischer Salbung, ganz wie es der Dichter jeweils haben wollte. Solange Herr Feistel auf der Bühne stand, glaubte man an diesen merkwürdigen Koch — das ist nämlich alles, was man von dem Darsteller dieser Rolle verlangen kann. Herr Körner hat für den Bischof Gregor die nötige Salbung in der Stimme und Fr. Marie Laue (Edrita) weiß ihre Kantendeleinmanken recht hübsch für das Grafentöchterlein zu verwenden. Ein eifriger Koffe von Schettel zur Bede war der alberne Atlas des Herrn Otto, ein urgermanischer Varenhüter, wie ihn der Dichter vorschrieb, der Rheingraf des Herrn Vorderdt, ein grunzendes Urwaldschwein der blödsinnige Galomir des Herrn Hänfeler.

Das wenig zahlreiche Publikum war sehr aufgeräumt und sorgte nicht mit Beifall. Sollte in den Tagen des dramatischen Werdens wieder das romantische Heimweh nach Weib und Mädchen und Glockenklang erwachen?

Der Vortrag über Arnold Böcklin, den wir bereits früher angeknüpft haben, findet heute abend 8 Uhr im flehigen Hotel de Prusse statt. Zahlreiche Lichtbilder, die nach den Originalen in Berlin, München und Basel farbig ausgemalt sind, werden den Vortrag erläutern.

Von Andree. Aus Stockholm wird vom 13. d. M. gemeldet: Professor Nordenfjöld teilte in der Akademie der Wissenschaften mit, dem Ministerium des Inneren sei eine Nachricht zugegangen, nach der zwischen dem 4. und 7. August 1897 in Britisch-Kolumbien unter dem 58. Grad 20 Min. nördlicher Breite und dem 121. Grad 30 Min. westlicher Länge, sieben Wellen nördlich vom Duesnellsee, von mehreren glaubwürdigen Personen ein Ballon beobachtet worden sei. Nordenfjöld hält die Nachricht für eine bedeutende, daß eine nähere Untersuchung empfehlenswert sein dürfte.

Konsumverein Neuschönefeld u. Umgeg.

Eingetr. Genossenschaft mit beschr. Haftpfl. in Ligu.
Die Abgabe unserer bisherigen Warenmarken erfolgt in unserem Comptoir
L. Volkmarzdorf, Kirchstraße Nr. 58
und zwar die Nummern
1-900 am Montag den 17. Januar
901-1600 am Dienstag den 18. Januar
1601- Schluss am Mittwoch den 19. Januar
für die Mitglieder von **Taucha**
am Sonntag den 16. Januar von 1-4 Uhr nachm.
in Gläfers Restaurant Zum Deutschen Haus.
Nur Marken von 1 Mark an aufwärts werden angenommen, kleinere sind vorher in den
früheren Geschäftslokalen umzutauschen.

Die Liquidatoren.
Karl Gottschalg. Rob. Stange.

Leipzig als Großstadt

Ist nichts Neues, wohl aber, daß dem in dieser Handelsmetropole geschäftlich vorkommenden
den Ehen und Freiden eine
flotte, minutiöse Expedition
in gastronomischer Hinsicht
geboten wird, ist

Neu!

durch die eröffnete

I. Krystall-Bierquelle

Windmühlenstraße 52
(Nähe des Bayerischen Bahnhofes)

Dampfbrauerei Zwenkau

Bewirtschaftet von
204]

Karl Basien.

26 Reichsstrasse 26

Nur noch bis morgen

bauert der Ausverkauf des

Georg Wolff'schen Schuhwaren-Lagers

da am 15. d. Mts. die Uebergabe an
Herrn Felix Schiff [108]
stattfindet.
Die Preise einzelner Artikel sind nochmals ermäßigt, um
das Lager vollständig zu räumen.

26 Reichstraße 26.

26 Reichsstrasse 26

Habt Acht!

Sie ersparen viel Geld.
Viel unter Preis sind Waren Pfandleih und von den bedeutendsten
Fabriken durch
Kassa-Einkauf herkommend. Billig kauft man
neue und guterhaltene Herren-Kleider - in großer
Auswahl, -
empfehle neue nach Maß gearbeitete und getragene (sogen. Monatsgarderobe)
Ausgeh-Anzüge, einzelne Saccos, Paletots, Pelermans-Mäntel,
Sommer-, Herbst- u. Winter-Überzieher
von 6, 8, 9, 11, 13, 15, 18, 20, 24 bis 27 Mt.
völlig tadellos, Wert das Doppelte.
Neue Knaben- und Burschen-Paletots,
Knaben-Pelermans-Mäntel, Burschen-Anzüge von 6 bis 12 Mt.
Knaben-Anzüge von 3 bis 6 Mt., Hosen (auch in den größten Leib-
weiten) in hell und dunkel, gute Qualität, von 2, 2.50, 3.50, 4, 5, 6 bis 8 Mt.
Lehrlings- und Arbeits-Anzüge, Jacken
Kellner-Fracks, Jacken, schwarze Hosen, Kellnerschuhe
staunend billig gegen das Geld.
Großer Posten Schuhwaren für Herren, Damen und Kinder
(Belegensverkauf) billig.
Für Herren und Damen silberne Cylinderröhren, Remont. in Silber
und Gold, Ringe, Broschen, Ketten u. dergl., Regulatoren,
Polyphons, Symphonions, so weit der Vorrat reicht.

Gebr. Cohn

Nikolaistr. 27, 1 Treppe, Eingang in der Hausflur,
geradeüber „Hotel Stadt London“.
Bis 10 Uhr nachts offen.

Van den Bergh's Holländische Margarine Excelsior

gesetzlich geschützt unter Nr. 3392.
Fabriken in Cleve, Rotterdam, Brüssel, London
größte Etablissements der Branche.
Bietet nach übereinstimmenden sachmännischen Urteilen
Besten Ersatz für Naturbutter.
Sie haben in allen Kolonialwaren- und Buttergeschäften. [10255]

Haupt-Niederlage
der
Wunstorfer Margarine-Werke
bester Ersatz für Naturbutter [8768]

empfehlen

Feinste Süßrahm-Margarine „Holstein“	Pfd. 70 Pfg.
Feinste Süßrahm-Margarine „Friesland“	Pfd. 68 Pfg.
Feinste Süßrahm-Margarine „Holland“	Pfd. 65 Pfg.
Feinste Tafel-Margarine „Schleswig“	Pfd. 60 Pfg.
Feinste Tafel-Margarine „Bommern“	Pfd. 55 Pfg.
Feinste Tafel-Margarine „Rheinland“	Pfd. 50 Pfg.
Feinste Tafel-Margarine „Weil“	Pfd. 45 Pfg.

Alle Sorten Käse. Täglich frische Eier.

Th. Kinder, Nürnberger Str. 33.

Robert Röser

größtes Fleisch- und Wurstgeschäft
in der Markthalle
24, 25, 26 und 27

empfehlen [10746]

Prima Rindfleisch Pfd. 50, 55 u. 60 Pf.

ff. Westph. Schinken	Pfd. 0.85	ff. Cervelat u. Salamit.	Pfd. 1.00
ff. Border-Schinken	0.80	ff. Mettwurst	0.90
ff. Back-Schinken	1.40	ff. Quackwurst	0.80
ff. Roll-Schinken	1.10	ff. Polnische Quackwurst	0.80
ff. Rasteler Rippensteck	0.90	ff. Jungeuurst	0.80
ff. Rauchfleisch u. Speck	0.80	ff. Blut- u. Leberwurst	0.70
ff. Schmelzseife	0.80	ff. Würstchen	0.50
ff. Hausgeschlachtete Wurst, bei 5 Pfund 0.65 Mark.			

Alles eigenes Fabrikat und Fleisch des im hiesigen Schlacht-
und Viehhof geschlachteten Viehes.

Auf Credit!!

erhält Jedermann
**Herren-Anzüge, Paletots,
Jackets, Hosen**
(fertig und nach Maß in bester
Ausführung u. tadellosem Stoff)

Knaben-Anzüge
**Damen-Jackets, Kragen,
Umhänge, Mäntel**
**Kleiderstoffe, schwarze
Gewebe,
miree, Gardinen, Bettzeuge.**

Möbel und Betten
bei wöchentlich
Abzahlung
1 Mark an.

L. Cohn
Waren-Credit-Ges.
„Am Westplatz“.
Eingang:
Colonnadenstraße 34, I.
Die Anstalt ist unbeschränkt
Die Preise sind erschaffenlich billig
Die Qualitäten sind die denkbar
besten.
Die Zahlungsbedingungen sind
so günstig wie irgend!

Große Auswahl in Möbel, Spiegel
ganze Ausstattungen emp. billigt
Julius Hirtzsch, Mühlb. Str. 54, p. r.

Zahn-Atelier v. Arthur Stolper.

Anfertigung v. Zähnen, Plomben u. f. w.
Grimmischer Steinweg 4, II.
u. Gesellschafts-Anzüge verleiht
Frack- u. Toilette, Taucher Str. 10.

Grosser Schuhwaren-Ausverkauf

zu enorm herabgesetzten Preisen bei [10181]

Karl Seltmann

Lindenau, Merseburger Str. 33.

Ignaz Stenzer
Hut-Fabrik
Thonberg, Reichenhainer Str. 23.
Großes Lager von Filz-, Seiden- u. Anaben-Hüten aller Art sowie große
Auswahl in Filzschuhen, Herren- und Schüler-Mägen, Schäfte in
größter Auswahl. Reparaturen prompt, billig und schnell. [9869]

Grosser Inventur-Räumungs-Ausverkauf

von Schuhwaren jeder Art zu weit herabgesetzten Preisen.
Paul Haegeler, Lindenau, Marktstraße 5.
Jeder Käufer erhält 10 Prozent Extra-Rabatt.

deckt seinen Bedarf an solid gearbeiteten [8204]

Jeder Schuhwaren aller Art

zu denkbar billigsten Preisen nur
Nürnberger Str. 37, Ecke Seeburgstr.
bei **Otto Kollitz, Schuhmachermeister.** Bitte auf Plama zu achten.

Marienbad

Leipzig-Neuschönefeld
Eisenbahnstrasse Nr. 66.
Konradstrasse 25.
Schwimmbassin 20°

Dampfbäder, russische, römisch-irische, Voll-
und Teil-Dampfbäder, Sitzbäder, Einpackungen,
Specialkurformen, anerkannt vort. Massage.
Dauerzeit von 1-4 Uhr nachm. Schwimmb-
bassin, kristallklares Wasser. Dauerzeit:
Montag, Mittwoch, Sonnabend v. 2-5 Uhr
nachm.; Dienstag, Donnerstag, Freitag von
10-11 Uhr vorm. Bannendbäder I. u.
II. Klasse für Damen u. Herren zu jeder Tages-
zeit. Die Anstalt ist für alle Bäder von früh
6 bis abends 8 Uhr geöffnet. [8668]

Leiterwagen

von 1-5 Ctr. Tragkraft
empfehlen zu Fabrikpreisen [8196]
Georg Boefcke, Lind., Querstr. 4.
Adolf König, Leipz., Querstr. 17.

Tausend Centner

sehr schöne Speisekartoffeln liegen z. Verf.
bei **F. Opitz, Volkmarzdorf, Zulienstraße 47.**
Gr. Ausw. Garzer Kanariendögel.
Süßl. Sommerrüben, 5 Pfd. 1 Mt., sowie
alle Sort. pr. Bogelf., Ameisenener, Meßlno.
Käfige 20 Pfd., ital. Goldfische 10 Pfd. empf.
Max Kraft, Vogelfutterh., Poststraße 18.